

# euro-barometer

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

EURO-BAROMETER NR. 7

Erste Ergebnisse



## INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
<u>EINLEITUNG</u>	1
<u>I. DIE ALLGEMEINE STIMMUNG IN DER EUROPÄISCHEN OFFENTLICHKEIT</u>	2
1. Die derzeitigen Lebensbedingungen	2
2. Die Gesellschaftsform und die Funktionsweise der Demokratie	5
3. Revolution, Reformen, Verteidigung gegen um- stürzlerische Kräfte	11
4. Die vorrangigen Ziele oder Wertesysteme	15
<u>II. DIE EINSTELLUNG ZUR EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT UND ZUR EUROPÄISCHEN EINIGUNGSBEWEGUNG</u>	19
1. Die Europäische Gemeinschaft ("gemeinsamer Markt")	19
2. Die Europäische Einigungsbewegung: beschleunigen, verlangsamen oder weiterführen wie bisher ?	25
<u>III. DIE ALLGEMEINE DIREKTWAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS</u>	29
1. Die allgemeine Einstellung zum nationalen Parlament und der Rolle der nationalen Abgeordneten	30
2. Die Information und allgemeine Einstellung der Öffent- lichkeit zur Wahl des Europäischen Parlaments	38
3. Die Begriffsinhalte der Einstellungen zur Wahl des Europäischen Parlaments	55
4. Die vorrangigen Themen für den Wahlkampf und die Strategie der Parteien	66
5. Die Bereitschaft, an der Wahl teilzunehmen, die Präferenz für eine politische Gruppierung und das Gefühl, informiert bzw. nicht ausreichend informiert zu sein	73
<u>ERGEBNISSE</u>	84





## EINLEITUNG

Die hier vorgelegten Ergebnisse wurden durch repräsentative Stichprobenerhebungen in den neun Ländern der Europäischen Gemeinschaft erzielt. Dabei wurden zwischen dem 23. April und dem 15. Mai 1977 insgesamt 9.044 Personen im Alter von 15 Jahren und darüber von den Befragern der acht Fachinstitute interviewt (1).

Die Initiative der Europäischen Kommission, seit Anfang 1974 alle sechs Monate, nämlich im Frühjahr und im Herbst, die Erhebung Euro-Barometer durchzuführen, ist von ganz besonderem Interesse im Vergleich zu den zahlreichen Umfragen, die täglich über die unterschiedlichsten sozio-politischen Themen in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft durchgeführt werden:

- in erster Linie und dem Aufbau nach handelt es sich dabei um europäische Umfragen, die einen genauen Vergleich der Verteilung der Antworten auf dieselben Fragen, die in den neun Ländern gleichzeitig gestellt werden, ermöglichen (2);
- in zweiter Linie wird durch die Wiederholung bestimmter Fragen, entweder alle sechs Monate oder ohne festgesetzte Periodizität, ermöglicht, die Entwicklung der Meinungen, Einstellungen und Verhaltensweisen der Öffentlichkeit zu verfolgen: die Momentaufnahme einer Umfrage wird somit zu einem fortlaufenden Film;
- alle Ergebnisse werden mehr oder weniger eingehend analysiert; diese Analysen reichen von den herkömmlichen Aufgliederungen der Antworten nach Geschlecht, Alter, Bildungsniveau, Einkommen usw. (3) bis zu Mehrkriterienanalysen, durch die mögliche Relationen zwischen den von einer Personengruppe gegebenen Antworten ermittelt und somit die Strukturen der sogenannten "öffentlichen Meinung" offenlegt werden sollen;
- schliesslich werden die wichtigsten Ergebnisse so veröffentlicht, dass alle interessierten Personen - Politiker, Journalisten, einfache Bürger - davon Kenntnis erhalten können, sich nach diesen Ergebnissen orientieren und sie eventuell kritisieren (4).

Wie es jedoch bei derartigen Untersuchungen üblich ist, ergeben sich aus den den gestellten Fragen, den entsprechenden Antworten, den vorgelagten Ergebnissen und Erläuterungen keinerlei politische Verbindlichkeiten für die europäische Kommission.

\*

\*

\*

- (1) Alle technischen Angaben über die beauftragten Institute, den Zeitpunkt der Durchführung der Umfrage in den einzelnen Ländern, die Grösse des befragten Bevölkerungsquerschnitts, die Auswahl der befragten Personen, die Grenzen der Auswertung der Ergebnisse usw. sind dem Anhang zu entnehmen.
- (2) Es wurden alle Vorkehrungen getroffen, um eine einheitliche Formulierung der Fragen in der jeweiligen Sprache der befragten Personen sicherzustellen. Die Fragebogen in deutscher, englischer, dänischer, französischer, italienischer, luxemburgischer und niederländischer Sprache stehen allen interessierten Personen zu Verfügung.
- (3) Eine Besonderheit bei der Darlegung der Ergebnisse ist zum Beispiel, dass Vergleichsinstrumente zwischen den Antworten nach dem "Meinungsführerindex" geliefert werden, d.h. der Bereitschaft, über politische Fragen mehr oder weniger häufiger zu diskutieren und andere zu überzeugen. Bezüglich der Einstellung des Meinungsführerindex, siehe Euro-Barometer Nr. 6, Januar 1977, Seite 1.
- (4) Ausserdem stehen alle Ergebnisse und Unterlagen dieser Erhebungen den Forschern zur Verfügung. Die Modalitäten für den Zugang zu diesen Daten sind im Anhang aufgeführt.

Die vorliegende Erhebung befasst sich neben den herkömmlichen Fragen über allgemeinen Tendenzen in der Öffentlichkeit und die Europäische Gemeinschaft (oder den "Gemeinsamen Markt") hauptsächlich mit der Einstellung zur geplanten Direktwahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

## I

### DIE ALLGEMEINE STIMMUNG IN DER EUROPÄISCHEN OFFENTLICHKEIT

Hin und wieder werden einige allgemeine Fragen gestellt, um die "allgemeine Stimmung in der Öffentlichkeit" zu ermitteln, nämlich die Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit dem Leben, das man führt, die Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der Gesellschaftsform und der Funktionsweise der Demokratie in dem betreffenden Land, die grundlegende Einstellung zur Gesellschaft, und die dem sozio-politischen System zugeschriebenen vorrangigen Zielsetzungen. Die Antworten auf diese Fragen sind an sich von Interesse und spielen ausserdem eine wichtige Rolle bei den späteren Mehrkriterienanalysen.

#### I. DAS LEBEN, DAS MAN FUHRT

"Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, dass Sie führen, sehr zufrieden - ziemlich zufrieden - nicht sehr zufrieden - oder überhaupt nicht zufrieden?"

Gegen derartige Fragen werden oft von Personen, die mit Forschungsarbeiten dieser Art nicht vertraut sind, Einwände erhoben: Antworten die befragten Personen "objektiv" oder "ehrlich". So gestellt hat die Frage keinen Sinn. Es kann sich definitionsgemäss nur um subjektive Antworten handeln: Die Antworten der befragten Personen spiegeln nicht unbedingt ihre objektive Situation als Mann oder Frau, Jugendlicher oder älterer Mensch, Reicher oder Armer wider, sondern sind vielmehr Ausdruck ihrer allgemeinen und augenblicklichen "Stimmung", die - wie zahlreiche Untersuchungen gezeigt haben - mehr von psychologisch-sozialen Merkmalen, der Lebensphilosophie und den Wertesystemen als den objektiven Lebensbedingungen abhängt; auch die moralische Auffassung von der Ehrlichkeit kommt hier nicht ins Spiel; man kann aber die "Ehrlichkeit" der Antworten nicht von vorneherein in Zweifel ziehen, denn die Abweichungen zwischen den einzelnen Ländern sind manchmal sehr gross und weisen oft eine auffallende Kontinuität auf.

In der gesamten Gemeinschaft erklären seit 1973 ohne signifikante Schwankungen etwa 75 % der befragten Personen - bei jeder Erhebung ist der Bevölkerungsquerschnitt im übrigen ein anderer - dass sie "sehr zufrieden" oder "ziemlich zufrieden" sind, während 25 % angeben, dass sie "nicht sehr zufrieden" oder "überhaupt nicht zufrieden" sind.

(Siehe Tabelle Nr. 1).

Tabelle Nr. 1

DAS GEFUHL DER ZUFRIEDENHEIT BZW. UNZUFRIEDENHEIT

MIT DEM LEBEN, DAS MAN FUHRT

(Gesamte Gemeinschaft) (1)

	September 1973	Mai 1975	Okt.-Nov. 1975	Mai-Juni 1976	November 1976	April-Mai 1977
	%	%	%	%	%	%
Sehr zufrieden	21	20	19	20	20	20
Ziemlich zufrieden	58	57	56	55	55	55
Nicht sehr zufrieden	16	16	17	18	18	18
Überhaupt nicht zufrieden	1	5 2	6 2	6 1	6 1	6 1
Keine Antwort						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
N (2)	13 484	9543	9150	8635	9210	9044

(1) Gewichtetes Mittel nach der Zahl der Bevölkerung über 15 Jahre und darüber in jedem Land.

(2) Anzahl der befragten Personen.

Es bestehen sehr grosse und auch sehr gleichbleibende Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. In den kleinen Ländern (Dänemark, Irland, Niederlande, Luxemburg und Belgien) wird häufiger und ausgeprägter ein Gefühl der Zufriedenheit zum Ausdruck gebracht als in den grossen Ländern. Aber diese gleichbleibende Einstellung, die wahrscheinlich damit erklärt werden kann, dass eine Person durch ihre "allgemeine Zufriedenheit" eine gewisse Anpassung ihrer Bestrebungen an ihre derzeitige Lage zum Ausdruck bringt, darf nicht absolut gesehen werden: so ist im Vereinigten Königreich 1975 (genauer gesagt zwischen dem ersten und zweiten Halbjahr 1975) ein vorübergehender Rückgang der Zufriedenheit zu beobachten, auch die Zufriedenheit der Italiener scheint, im Vergleich zu 1973, entscheidend durch die sozio-politische und sozio-ökonomische Entwicklung ihres Landes beeinflusst zu werden.

(Vergleiche Tabelle Nr. 2).

Tabelle Nr. 2

UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEN LÄNDERN DER GEMEINSCHAFT

IN BEZUG AUF DIE ZUFRIEDENHEIT BZW. UNZUFRIEDENHEIT MIT DEM LEBEN DAS MAN FUHRT

(Entwicklung zwischen 1973 und 1977)

	September 73		1975 (2)		1976 (2)		April-Mai 77	
	Zufrieden	Wenig	Zufrieden	Wenig	Zufrieden	Wenig	Zufrieden	Wenig oder nicht
Dänemark	95%	5%	90%	4%	93%	6%	95%	4%
Niederlande	93	6	86	8	90	9	92	7
Belgien	92	8	89	9	90	10	90	10
Luxemburg (3)	(89)	(11)	(72)	(17)	(88)	(10)	(90)	(10)
Irland	92	8	88	11	88	12	88	12
Vereinigtes Königreich (4)	85	14	71	13	83	16	82	18
Deutschland	82	17	79	19	81	18	81	17
Frankreich	77	21	75	24	71	28	68	31
Italien	65	34	58	40	56	43	59	41
GEMEINSCHAFT (5)	79	20	76	22	75	24	75	24

- (1) Die Länder sind nach der abnehmenden Häufigkeit des Prozentsatzes der "Zufriedenen" im April-Mai 1977 angeordnet.
- (2) Kumulierte Ergebnisse der beiden Erhebungen im Laufe des Jahres.
- (3) Die Ergebnisse für Luxemburg haben eine geringere Bedeutung aufgrund der Grösse des Bevölkerungsdurchschnittes.
- (4) Grossbritannien nur 1973.
- (5) Gewichtetes Mittel.

## 2. DIE GESELLSCHAFTSFORM UND DIE FUNKTIONSWEISE DER DEMOKRATIE

"Sind Sie, alles in allem gesehen, sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, ziemlich unzufrieden oder völlig unzufrieden:

- mit der Gesellschaftsform, in der wir heute leben (in ihrem Land)?
- mit der Funktionsweise der Demokratie (in ihrem Land)?"

Die Antworten auf diese Fragen scheinen sehr stark von der allgemeinen Lage des Landes und den Vergleichen beeinflusst sein, welche die Bevölkerung in den einzelnen Ländern unbewusst oder bewusst mit der Lage in den anderen Ländern anstellen kann. Allgemein schneiden Deutschland und die kleinen Länder bei diesen beiden Fragen gut ab.

### 1° Die Gesellschaftsform.

Im Herbst 1973 lagen Belgien, Irland, Luxemburg und Dänemark vor Deutschland, den Niederlanden und Grossbritannien an der Spitze, während Frankreich und Italien die beiden letzten Plätze einnahmen. Heute liegt Deutschland an erster Stelle (+ 25 Punkte), gefolgt von Luxemburg (unbedeutende Veränderung), Dänemark (+ 15 Punkte), Irland und Belgien; die Niederlande haben 13 Punkte hinzugewonnen, aber bleiben - etwas vor Grossbritannien - auf dem fünften Rang; Frankreich liegt immer noch an vorletzter Stelle (unbedeutende Veränderungen: + 5 Punkte), während Italien, wo die Zahl der Zufriedenen nur 17 % erreicht, zwischen 1973 und 1977 15 Punkte verloren hat und an neunter und letzter Stelle liegt.

(Vergleiche Tabelle Nr. 3).

Tabelle Nr. 3

ZUFRIEDENHEIT BZW. UNZUFRIEDENHEIT MIT DER GESELLSCHAFTSFORM  
(Entwicklung in den einzelnen Ländern zwischen 1973 und 1977) (1)

	September 1973		Okt.-Nov. 1976		April-Mai 1977	
	Zufrieden	Wenig oder nicht zu frieden	Zufrieden	Wenig oder nicht zu frieden	Zufrieden	Wenig oder nicht zu- frieden
Deutschland	57%	42%	84%	14%	82%	14%
Luxemburg (2)	(67)	(30)	(66)	(26)	(81)	(18)
Dänemark	63	37	75	24	78	20
Irland	68	32	70	28	72	27
Belgien	75	24	68	28	70	27
Niederlande	54	41	67	32	67	32
Vereinigtes Königreich (3)	53	47	55	43	63	36
Frankreich	44	52	50	48	49	49
Italien	32	67	12	87	17	83
GEMEINSCHAFT (4)	49	49	53	45	56	42

- (1) Die Länder sind nach der abnehmenden Häufigkeit der Antworten "zufrieden" im April/Mai 1977 angeordnet.
- (2) Die Ergebnisse in Luxemburg haben eine geringere Bedeutung wegen der Grösse des Bevölkerungsquerschnittes.
- (3) Grossbritannien nur 1973.
- (4) Gewichtetes Mittel.

## 2. Die Funktionsweise der Demokratie

Im Herbst 1973 standen Belgien, Irland, die Niederlande und Luxemburg an der Spitze, während Dänemark, Deutschland, Grossbritannien und Frankreich etwa gleichauf lagen und Italien an letzter Stelle kam. Im Frühjahr 1977 ist jedoch eine sehr viel stärkere Streuung festzustellen; Deutschland liegt an der Spitze (+ 34 Punkte), gefolgt von Luxemburg (+ 19 Punkte), die Niederlande (+ 15 Punkte), Dänemark (+ 18 Punkte) und Irland (+ 7 Punkte). Danach kommen Grossbritannien (+ 14 Punkte) und Belgien (- 6 Punkte); die letzten Plätze entfallen auch dieses Mal auf Frankreich (unveränderte Punktzahl) und Italien (15 Punkte).

(Vergleiche Tabelle Nr. 4)

Tabelle Nr. 4

### ZUFRIEDENHEIT BZW. UNZUFRIEDENHEIT

### MIT DER FUNKTIONSWEISE DER DEMOKRATIE

(Entwicklung in den einzelnen Ländern zwischen 1973 und 1977)

	September 1973		Okt.-Nov. 1976		April-Mai 1977	
	Zufrieden	Wenig oder nicht zufrieden	Zufrieden	Wenig oder nicht zufrieden	Zufrieden	Wenig oder nicht zufrieden
Deutschland	44%	55%	79%	19%	78%	18%
Luxemburg (2)	(52)	(37)	(55)	(29)	(71)	(25)
Niederlande	52	38	67	32	67	29
Dänemark	45	53	55	43	63	29
Irland	55	43	59	35	62	33
Vereinigtes Königreich (3)	44	54	51	43	58	37
Belgien	62	32	53	32	56	31
Frankreich	44	46	42	46	45	45
Italien	27	72	14	83	12	86
GEMEINSCHAFT (4)	42	55	51	43	51	44

(1) (2) (3) (4) Vgl. Bemerkungen zu Tabelle Nr. 3

Unser zweiter Indikator der sozio-politischen Zufriedenheit/Unzufriedenheit scheint also aufschlussreicher zu sein als der erste: Die "subjektiv interpretierten" Auswirkungen der Krise scheinen eher zu einer gewissen Infragestellung des politischen Systems (oder mehr noch der amtierenden Regierung) als der Gesellschaft im allgemeinen zu führen. In beiden Fällen vertreten jedoch die befragten deutschen Personen die Ansicht, dass Deutschland die Bewährungsproben erfolgreich durchschreitet; das gleiche gilt für die meisten kleinen Länder. Dagegen scheint sich in Frankreich ein ziemlich stabiles Gleichgewicht zwischen den Zufriedenen und den Unzufriedenen herauszubilden, während Italien im Vergleich zu 1973 eine eindeutige Tendenz zur allgemeinen Unzufriedenheit besteht.

Eine weitere wichtige Beobachtung ist, dass das Gefühl der Zufriedenheit/Unzufriedenheit anscheinend weitgehend von kulturellen und nationalen Faktoren bestimmt wird (1). Es schwankt wenig nach Geschlecht, Alter (ausser, dass die älteren Frauen etwas zufriedener sind als die jungen Frauen), Bildungs- und sogar Einkommensniveau. Nach der Nationalität scheint die Betätigung zum Meinungsführer den grössten Ausschlag zu geben, denn die Meinungsführer sind eindeutig weniger zufrieden als die Nicht-Meinungsführer.

(Vgl. Tabelle Nr. 5).

---

(1) Und vielleicht auch regionale Faktoren, aber die Analyse ist noch nicht systematisch bis zu diesem Punkt weitergeführt worden; man stellt trotzdem fest, dass die Unzufriedenheit in Nordirland doppelt so hoch ist wie in Grossbritannien



Tabelle Nr. 5

DIE SOZIO-POLITISCHE ZUFRIEDENHEIT UND UNZUFRIEDENHEIT  
NACH DEM BILDUNGSNIVEAU, DEM EINKOMMEN UND DEM MEINUNGSFÜHRERINDEX  
 (Gesamte Gemeinschaft, April-Mai 1977)

	Bildungsniveau (1)			Einkommensniveau (2)			Meinungsführerindex (3)				
	Niedriges	Durchschnittliches	Hohes	Geringes	Unter dem Durchschnitt	Über dem Durchschnitt	Hohes	Nicht-Meinungsführer (- -)	(-)	(+)	Meinungsführer (++)
1. In Bezug auf die Gesellschaftsform											
Zufrieden	55%	61%	50%	48%	53%	61%	59%	57%	59%	57%	43%
Wenig oder nicht zufrieden	42	38	48	49	45	37	40	39	39	41	56
Keine Antwort	3	1	2	3	2	2	1	4	2	2	1
2. In Bezug auf die Funktionsweise der Demokratie											
Zufrieden	49%	57%	47%	45%	46%	56%	57%	50%	53%	54%	41%
Wenig oder nicht zufrieden	44	38	50	49	48	40	41	39	41	43	57
Keine Antwort	7	5	3	6	6	4	2	11	6	3	2
Berechnungsgrundlage	4780	2606	1681	1976	1601	2168	1954	1886	3166	2804	1212
(1) (2) (3) und (4) vergleiche nächste Seite											

(1) (2) (3) und (4) vergleiche nächste Seite

Fortsetzung von Tabelle Nr. 5

- (1) Nach der Dauer der Vollzeitausbildung unter 16 Jahren, 16 bis 19 Jahre, 20 Jahre und darüber (oder noch in der Ausbildung befindlich).
- (2) Einordnung anhand der Angaben in den einzelnen Ländern (in Landeswährung). Nichtbeantwortungen (etwa 15 %) wurden nicht berücksichtigt.
- (3) Die folgende Tabelle zeigt, wie der Meinungsführerindex erstellt wurde:

	Andere überzeugen...				
	Häufig	Von Zeit zu Zeit	Selten	Niemals	Keine Antwort
Politische Fragen diskutieren.					
Häufig	++	++	+	+	+
Von Zeit zu Zeit	+	+	-	-	-
Niemals	-	-	--	--	--
Keine Antwort	-	-	--	--	--

Die Gliederung (in Zahlen und Prozentsen) der in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft befragten Bevölkerung entsprechend den Indexwerten ergibt annähernd folgendes Bild:

		Kumulierte Erhebungen Mai und Okt.-Nov. 1975		Kumulierte Erhebungen Mai und Nov. 1976		Euro-Barometer Nr. 7 April-Mai 1977	
		%	N	%	N	%	N
Meinungsführer	++	13	2427	14	2514	13	1212
	+	29	5446	29	5228	31	2804
	-	31	5892	32	5584	35	3166
Nichtmeinungsführer	--	27	4995	25	4519	21	1886
<u>Insgesamt</u>		<u>100</u>	<u>18 760</u>	<u>100</u>	<u>17 845</u>	<u>100</u>	<u>9068</u>

- (4) Gewichtet nach der Zahl der Bevölkerung über 15 Jahre und darüber in jedem Land

3. REVOLUTION,  
REFORMEN, VERTEIDIGUNG GEGEN UMSTÜRZLERISCHE KRAFTE

"Hier auf dieser Liste stehen drei grundsätzliche Standpunkte über die Gesellschaft, in der wir leben. Welcher davon drückt am ehesten das aus, was auch sie denken?" (EINE EINZIGE ANTWORT)

- Man muss unsere ganze Gesellschaftsordnung durch eine Revolution radikal ändern.
- Man muss unsere Gesellschaft Schritt für Schritt durch Reformen verbessern
- Man muss unsere bestehende Gesellschaft mutig gegen alle umstürzlerischen Kräfte verteidigen".

Diese Frage, die absichtlich so provozierend formuliert wurde, ist wiederholt gestellt worden, und zwar zunächst im Februar-März 1970 in den sechs ursprünglichen Ländern der Europäischen Gemeinschaft und danach im November 1976 und im April-Mai 1977 (1).

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass die Öffentlichkeit bereitwillig auf diese Frage antwortet: die Nichtbeantwortungen erreichen im Durchschnitt nur 6 % (2).

Für eine "Revolution" sprechen sich 1977 wie 1976 nur 8 % der Befragten aus, aber es sind interessante Verschiebungen im Vergleich zu 1970 festzustellen:

- in Frankreich, 13 und 14 % anstelle von 5 %
- in Italien, 13 und 11 % anstelle von 7 %.

Die überwiegende Mehrheit (60 % im Jahre 1976 und 55 % im Jahre 1977) sprechen sich für "Reformen" aus, aber die Häufigkeit nimmt zwischen 1970 und 1977 ab, vor allem in Deutschland (-27 Punkte), in den Niederlanden (- 17 Punkte, in Frankreich (-16 Punkte) und in Italien (- 15 Punkte).

Für die Antwort "Verteidigung gegen umstürzlerische Kräfte" entschieden sich 1976 26 % der Befragten und 1977 31 %, was einer deutlichen Zunahme im Vergleich zu 1970 in Deutschland (+ 28 Punkte), in Italien (+ 18 Punkte) und in den Niederlanden (+ 17 Punkte) entspricht.

Zusammenfassend kann man sagen, dass in Frankreich und in Italien die revolutionären Einstellungen an Boden gewinnen, während in Deutschland, in Italien und in den Niederlanden vor allem die Bereitschaft zur Verteidigung der bestehenden Gesellschaft wächst.

(Siehe Tabelle Nr. 6)

(1) Die Formulierung 1970 lautete: "Durch wohl durchdachte Reformen". Danach wurde diese Bezeichnung weggelassen.

(2) Die Nichtbeantwortungen in Luxemburg belaufen sich 1976 auf 17 %, aber aufgrund der Grösse des befragten Bevölkerungsquerschnitts (N = 301) erübrigt sich jegliches Kommentar.

Tabelle Nr. 6

GRUNDSÄTZLICHER STANDPUNKT IN BEZUG AUF EINE VERÄNDERUNG DER GESELLSCHAFT  
(Entwicklung zwischen 1970 und 1977 nach Ländern)

B	D	F	I	L	NL	EG (6 Länder) (1)	DK	IRL	VK	EG (9 Länder) (1)
%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
3	2	5	7	1	6	5				
5	2	13	13	2	5	9	4	7	7	8
6	2	14	11	3	5	8	3	5	8	8
69	70	78	73	65	75	73				
65	52	64	66	49	56	59	51	60	59	60
66	43	62	58	56	58	55	52	61	59	55
14	20	12	11	27	15	15				
19	39	18	18	32	32	26	38	23	25	26
18	48	19	28	32	32	32	39	26	26	31
14	8	5	9	7	4	7				
11	7	5	3	17	7	6	7	10	8	6
10	7	5	3	9	5	5	6	8	7	6
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1298	2021	2046	1822	335	1230	8752				
1077	1007	1356	1052	301	1123	5916	962	981	1297	9156
988	1005	1256	1025	302	1033	5609	1010	1008	1414	9041

"Man muss unsere ganze Gesellschaftsordnung-  
ordnung durch eine Revolution radikal  
ändern

Februar-März 1970  
November 1976  
April-Mai 1977

"Man muss unsere Gesellschaft Schritt für  
Schritt durch Reformen verbessern" (2)

Februar-März 1970  
November 1976  
April-Mai 1977

"Man muss unsere bestehende Gesellschaft  
mutig gegen alle umstürzlerischen  
Kräfte verteidigen"

Februar-März 1970  
November 1976  
April-Mai 1977

Keine Antwort

Februar-März 1970  
November 1976  
April-Mai 1977

Insgesamt

Berechnungsgrundlage 1970  
Berechnungsgrundlage 1976  
Berechnungsgrundlage 1977

(1) Gewichtetes Mittel. (2) Im Jahr 1970: "durch wohl durchdachte Reformen".

Eine Aufgliederung der Ergebnisse zeigt, dass nur geringe Unterschiede nach Geschlecht bestehen. Die Frauen sprechen sich etwas weniger für eine Revolution aus und geben etwas häufiger keine Antwort. Diese geringfügige Abweichung besteht in allen Altersgruppen. Allgemein sind die jüngeren Personen beiderlei Geschlechts (15 bis 24 Jahre), und zwar vor allem die Männer, eher geneigt, die Möglichkeit einer Revolution zu wählen, während die älteren Personen (55 und darüber), auch hier vor allem die Männer, sich eher für die Verteidigung der bestehenden Gesellschaft entscheiden, während die älteren Frauen weniger häufig antworten.

Der Wohnort hat kaum Bedeutung: In den Grosstädten gibt es etwas mehr "Revolutionäre" und vor allem "Reformisten"; die Verfechter der "Verteidigung der bestehenden Gesellschaft" sind etwas häufiger in den Dörfern zu finden.

Diese Einstellung wird ausserdem mehr durch das Bildungsniveau als das Familieneinkommen bestimmt, aber der entscheidende Faktor ist der Meinungsführerindex, der erneut mit der gesamten Einstellung zur Gesellschaft in Verbindung steht:

- Die Meinungsführer sprechen sich häufiger für eine "Revolution" aus als die Nichtmeinungsführer, vor allem in Italien und in Frankreich;
- die Bereitschaft zur Verteidigung der bestehenden Gesellschaft gegen umstürzlerische Kräfte findet man vor allem bei den Nichtmeinungsführern in Dänemark und dem "Mittelstand" in Deutschland.

(Vgl. Tabelle Nr. 7).

Tabelle Nr. 7

GRUNDLEGENDER STANDPUNKT IN BEZUG AUF EINE VERÄNDERUNG DER GESELLSCHAFT

NACH DEM MEINUNGSFÜHRERINDEX

(Kumulierte Ergebnisse November 1976 und April-Mai 1977 nach Ländern) (1)

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (2)
<u>Revolution</u>										
Nichtmeinungsführer (--)	3%	1%	3%	6%	6%	7%	2%	10%	5%	5%
( - )	5	2	1	8	5	9	2	4	8	6
( + )	6	4	1	16	6	13	4	4	9	8
Meinungsführer (++)	12	8	7	<u>31</u>	7	<u>24</u>	1	6	9	18
<u>Reformen</u>										
Nichtmeinungsführer (--)	54%	42%	42%	64%	57%	62%	42%	48%	54%	55%
( - )	70	54	46	67	58	62	49	57	59	58
( + )	73	57	51	65	66	65	61	60	63	61
Meinungsführer (++)	70	53	56	50	66	57	54	57	61	56
<u>Verteidigung gegen umstürzlerische Kräfte</u>										
Nichtmeinungsführer (--)	23%	<u>46%</u>	39%	20%	20%	24%	35%	27%	24%	27%
( - )	17	39	<u>47</u>	21	28	27	36	33	26	31
( + )	18	36	<u>44</u>	16	25	21	24	33	26	28
Meinungsführer (++)	16	33	36	14	24	19	40	33	27	24

(1) Die Nichtbeantwortungen sind in der Tabelle nicht aufgeführt.

(2) Gewichtetes Mittel.

#### 4. DIE WICHTIGSTEN ZIELE ODER WERTESYSTEME

"Man spricht zur Zeit sehr viel darüber, was die Ziele ihres Landes in den nächsten 10 Jahren sein sollten. Auf dieser Liste sind einige aufgeführt, die nach Ansicht bestimmter Personen vorrangig sind. Welches der Ziele auf dieser Liste erscheint Ihnen am wichtigsten?"

- Aufrechterhaltung der Ordnung in der Nation
- Verstärktes Mitspracherecht der Menschen bei wichtigen Regierungsentscheidungen
- Kampf gegen steigende Preise
- Schutz der freien Meinungsäußerung".

Anhand der Antworten auf diese Frage, die bereits Gegenstand zahlreicher Untersuchungen in den Ländern der Gemeinschaft und anderen Ländern (Schweiz, Vereinigte Staaten usw.) waren, kann man einen Index prioritärer Werte erstellen. Die Analyse hat nämlich gezeigt, dass die in den verschiedenen Ländern befragten Personen entsprechend einer psycho-sozialen Dimension in zwei Gruppen eingeteilt werden können; die erste Gruppe räumt der Verteidigung des Erreichten (Lebensstandard und Existenzsicherung) vorrangige Bedeutung ein, während die zweite Gruppe dem, was man im allgemeinen als "Lebensqualität" (Meinungsäußerung und Mitspracherecht) bezeichnet, den Vorzug gibt. Die ersten nennt man "Materialisten" und die zweiten "Post-Materialisten". Es handelt sich dabei um konventionelle Bezeichnungen, die keinerlei Wert an sich haben, aber die Wertsysteme, die durch sie zum Ausdruck gebracht und mit einem Index gemessen werden können, stellen eine abhängige Variable dar, deren Bedeutung aufgezeigt worden ist (1).

Es genügt also, hier die Antworten auf diese Frage im April/Mai 1977 sowie die Indexwerte der einzelnen Länder vorzulegen und ein Beispiel für die abhängige Funktion dieses Index zu liefern.

Die Tabelle Nr. 8 gibt die Verteilung der vorrangigen Ziele an erster und zweiter Stelle für die einzelnen Länder wieder. Man sieht - sicherlich keine Überraschung -, dass dem Kampf gegen steigende Preise fast überall (ausser in Dänemark und Italien) höchste Priorität eingeräumt wird, und zwar vor allem in Frankreich, Belgien und in Irland. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung kommt im allgemeinen an zweiter Stelle, in Dänemark und Italien jedoch an erster Stelle. In Irland und in den Niederlanden wird im übrigen ein verstärktes Mitspracherecht der Bürger am häufigsten genannt. Schliesslich scheint die freie Meinungsäußerung die Belgier, Niederländer, Dänen und Franzosen stärker zu beschäftigen als die Bürger der anderen Länder.

---

(1) Für weitere Einzelheiten vgl. einen Bericht, der im Auftrag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften ausgearbeitet und demnächst veröffentlicht wird; "Die Wahrnehmung des Elends in Europa", von Hélène RIFFAULT und J.R. RABIER, Brüssel, 1977, Seiten 111 - 123. Dieser Index wurde von Professor Ronald INGLEHART, Universitäten Michigan und Genf, erfunden; vgl. insbesondere "The Silent Revolution in Europe", American Political Science Review, 65,4 (Dezember 1971) und ein Buch, das demnächst erscheinen wird: "The Silent Revolution: Political Change Among Western Publics". Princeton University Press, 1977.

Die Tabelle Nr. 9 gibt die Werte des Index wieder, der durch eine Kombination der Antworttypen auf die Frage erstellt wurde (1).

Erste Wahl		Ordnung	Mitsprache- recht	Preise	Meinungs- äusserung
	Aufrechterhaltung der Ordnung	0	2	1	2
	Mitspracherecht	2	0	2	3
	Preissteigerungen	1	2	0	2
	Schutz der freien Meinungsäusserung	2	3	2	0

(1) Der Index wird folgendermassen erstellt:

Zweite Wahl

- 0 = ausgenommene Daten (keine Antwort auf die beiden Möglichkeiten)
- 1 = "Materialisten"
- 2 = gemischt
- 3 = "Post-Materialisten".



Tabelle Nr. 8

WAHL DER VORRANGIGEN GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN ZIELE

(Erste und zweite Wahl kumuliert nach Ländern) (1)

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (2)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
- Aufrechterhaltung der Ordnung in der Nation	37	80	57	48	60	71	57	60	64	60
- Verstärktes Mitspracherecht der Menschen bei wichtigen Regierungsentscheidungen	33	21	33	31	41	33	32	41	33	33
- Kampf gegen steigende Preise	75	52	65	78	74	63	69	55	71	68
- Schutz der freien Meinungsäußerung	42	38	27	38	22	26	32	39	27	30

(1) Die Nichtbeantwortungen belaufen sich durchschnittlich auf 3 %.

(2) Gewichtetes Mittel.

Tabelle Nr. 9

"DIE "MATERIALISTISCHEN" UND "POST-MATERIALISTISCHEN" WERBESYSTEME (1)

(April-Mai 1977)

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (2)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
1. Materialistisch	29	44	45	38	42	48	40	33	43	42
2. Gemischt	60	49	46	52	52	43	52	52	52	49
3. Post-materialistisch	11	7	9	10	6	9	8	15	5	9

(1) Nichtbeantwortungen (durchschnittlich etwa %) werden in der Berechnungsgrundlage nicht berücksichtigt.

(2) Gewichtetes Mittel.

Die abhängige Funktion dieses Indexes wird bei einer Analyse der der zahlreichen Variablen für die Einstellung oder die Verhaltensweisen deutlich. So wurde z.B. gezeigt, dass die "Post-Materialisten" das Elend in ihrem Land oder ihrer Umgebung häufiger wahrnehmen und dieses Elend auch häufiger gesellschaftlichen Ursachen zuschreiben (1).

Bei einer Mehrkriterienanalyse der Faktoren, die einer grundsätzlichen Einstellung in bezug auf eine Veränderung der Gesellschaft zugrundeliegen (2), stellt man fest, dass - nach der Nationalität - das Wertesystem grösseren Einfluss auf die Entscheidung für eine revolutionäre bzw. reformistische Einstellung oder die Bereitschaft zur Verteidigung der Gesellschaft gegen umstürzlerische Kräfte hat als die politische Orientierung, Religion, Alter, Bildungsniveau, Geschlecht und Beruf (3). Wir werden uns zunächst damit begnügen, die Richtung und den Umfang dieser Beziehung zwischen dem Wertesystem und der Einstellung zur Änderung der Gesellschaft aufzuzeigen.

(Siehe Tabelle Nr. 10).

Tabelle Nr. 10

DIE GRUNDLEGENDE EINSTELLUNG IN BEZUG AUF EINE VERÄNDERUNG DER GESELLSCHAFT  
ENTSPRECHEND DEM SYSTEM PRIORITÄRER WERTE  
(Gesamte Gemeinschaft, November 1976)

	Berechnungs- grundlage	%	Einstellungsindex in bezug auf eine Veränderung der Gesellschaft (1)
<u>Wertesysteme:</u>			
Materialistisch	3141	38 %	2,30
Gemischt	4161	51	2,19
Post-materialistisch	882	11	1,96

- (1) Der Wert 1,0 des Index entspricht einer revolutionären Einstellung, der Wert 2,0 einer reformistischen Einstellung und der Wert 3,0 der Bereitschaft zur Verteidigung der Gesellschaft gegen umstürzlerische Kräfte.

---

(1) Vergleiche die Seite 15 genannte Studie (wird demnächst erscheinen).

(2) Siehe weiter oben Seite ii bis 14.

(3) Diese Analyse vom Typ M.C.A. ("Multiple Classification Analysis"), wird hier nicht aufgeführt, sondern später als Arbeitsdokument veröffentlicht.

II

DIE EINSTELLUNG ZUR EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT UND ZUR  
EUROPÄISCHEN EINIGUNGSBEWEGUNG

Es werden zwei Fragen gestellt, um zu ermitteln, wie sich die Einstellung zur Europäischen Gemeinschaft und zur Europäischen Einigungsbewegung entwickelt hat:

"Ist, allgemein gesehen, die Mitgliedschaft Ihres Landes in der Europäischen Gemeinschaft (Gemeinsamer Markt) eine gute Sache, eine schlechte Sache, oder weder gut noch schlecht?"

"Manche Menschen betrachten die EG, also den Gemeinsamen Markt, als eine erste Etappe auf dem Weg zu einer engeren Union der Mitgliedstaaten. Was meinen Sie persönlich? Sollte die Bewegung zur Vereinigung Europas beschleunigt - verlangsamt - oder so weiter geführt werden, wie es gegenwärtig geschieht?"

1. DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT ("DER GEMEINSAME MARKT")

Diese Frage wird seit Herbst 1973 regelmässig alle sechs Monate gestellt. Die Schwankungen innerhalb der gesamten Gemeinschaft sind sehr gering: Nach einem Verlust von 10 Punkten zwischen Herbst 1975 und Frühjahr 1976 ist der positive Prozentsatz vom September 1973 wieder erreicht worden: sechs von zehn Personen (57%) sind der Ansicht, dass die Gemeinschaft eine "gute Sache" ist, ein bis zwei von zehn Personen (14%) halten die Gemeinschaft für eine "schlechte Sache".

(Siehe Tabelle Nr. 11).

Tabelle Nr. 11

DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT (GEMEINSAMER MARKT): EINE GUTE SACHE ODER EINE  
SCHLECHTE SACHE  
(Gesamte Gemeinschaft. Entwicklung 1973-1977)

	Gute Sache	Schlechte Sache	Weder gut noch schlecht	Keine Antwort	Ins- gesamt
1973 September	56%	11%	20%	13%	100%
1974 Mai	59	14	18	9	100
November	60	14	18	8	100
1975 Mai	59	9	23	9	100
Okt. - Nov.	63	9	21	7	100
1976 Mai	53	14	24	9	100
November	55	13	25	7	100
1977 April - Mai	57	14	21	8	100

Es bestehen zwar immer noch beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, aber sie sind im Vergleich zu 1973 zurückgegangen. Im Jahre 1973 waren die zustimmenden Antworten am häufigsten in Italien und Luxemburg, gefolgt von den Niederlanden, Deutschland und Frankreich; Belgien und Irland lagen im Mittelfeld, Dänemark und Grossbritannien an letzter Stelle. Heute liegen Luxemburg und die Niederlande an der Spitze, gefolgt von Italien, Belgien und Frankreich; Irland und Deutschland liegen im Durchschnittsbereich; das Vereinigte Königreich und Dänemark nehmen weiterhin die letzten Plätze ein.

Berücksichtigt man nur signifikante Schwankungen, d.h. von mehr oder weniger als 5%, so stellt man fest, dass die Befürworter der Europäischen Gemeinschaft in Luxemburg und in den Niederlanden (+ 17 Punkte) sowie in Belgien (+ 12) an Punkten gewonnen haben. Dagegen haben sie in Deutschland (-9) und in Dänemark (-8) Einbussen erlitten.

In Deutschland stieg die Zahl der Nichtbeantwortungen, wodurch eine gewisse Zurückhaltung in dieser Frage zum Ausdruck kommt; von den sechs Gründerstaaten der Gemeinschaft weist Deutschland gegenwärtig die niedrigste Punktzahl auf, die sogar noch unter der Irlands, eines neuen Mitgliedstaates, liegt.

Im Vereinigten Königreich überwiegt derzeit noch das negative Urteil, wie es bereits 1973 der Fall war.

In Dänemark schliesslich, wo sich neun von zehn Personen zu dieser Frage äussern, halten sich die drei Antworten "gute Sache", "schlechte Sache" und "weder gut noch schlecht" die Waage.

(Vgl. Tabelle Nr. 12).

Tabelle Nr. 12

DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT ("GEMEINSAMER MARKT"): EINE GUTE ODER SCHLECHTE

SACHE NACH LÄNDERN (1)

	Gute Sache	Schlechte Sache	Weder gut noch schlecht	Keine Antwort	Ins-gesamt
Luxemburg					
Sept. 1973	67%	3%	22%	8%	100%
Mai 1975	65	7	19	9	100
Okt.-Nov. 1975	78	4	12	6	100
Mai 1976	66	5	21	8	100
Nov. 1976	77	2	17	4	100
April-Mai 1977	84	2	11	3	100
Niederlande					
Sept. 1973	63	4	20	13	100
Mai 1975	64	3	18	15	100
Okt.-Nov. 1975	67	3	12	18	100
Mai 1976	75	4	15	6	100
Nov. 1976	74	4	14	8	100
April-Mai 1977	80	3	13	4	100
Italien					
September 1973	69	2	15	14	100
Mai 1975	71	3	21	5	100
Okt.-Nov. 1975	75	4	16	5	100
Mai 1976	63	6	20	11	100
Nov. 1976	68	5	16	11	100
April-Mai 1977	71	5	18	6	100
Belgien					
Sept. 1973	57	5	19	19	100
Mai 1975	57	3	21	19	100
Okt.-Nov. 1975	59	3	21	17	100
Mai 1976	62	5	17	16	100
Nov. 1976	66	3	19	12	100
April-Mai 1977	69	4	17	10	100
Frankreich					
Sept. 1973	61	5	22	12	100
Mai 1975	64	4	25	7	100
Okt.-Nov. 1975	67	4	24	5	100
Mai 1976	57	7	30	6	100
Nov. 1976	52	7	35	6	100
April-Mai 1977	64	6	24	6	100
Irland					
Sept. 1973	56	15	21	8	100
Mai 1975	50	20	25	5	100
Okt.-Nov. 1975	67	12	17	4	100
Mai 1976	50	26	18	6	100
Nov. 1976	50	22	22	6	100
April-Mai 1977	57	17	22	4	100

Tabelle Nr. 12 (Fortsetzung)

	Gute Sache	Schlechte Sache	Weder gut noch schlecht	Keine Antwort	Ins-gesamt
Deutschland					
Sept. 1973	<u>63%</u>	4%	22%	11%	100%
Mai 1975	56	8	28	8	100
Okt.-Nov. 1975	61	6	27	6	100
Mai 1976	48	12	30	10	100
Nov. 1976	57	5	31	7	100
April-Mai 1977	54	8	23	15	100
Vereinigtes Königreich					
Sept. 1973 (2)	31	34	22	13	100
Mai 1975	47	21	19	13	100
Okt.-Nov. 1975	<u>50</u>	24	18	8	100
Mai 1976	39	35	18	8	100
Nov. 1976	39	34	21	6	100
April-Mai 1977	35	40	22	3	100
Dänemark					
Sept. 1973	<u>42</u>	30	19	9	100
Mai 1975	36	25	28	11	100
Okt.-Nov. 1975	41	27	24	8	100
Mai 1976	36	29	22	13	100
Nov. 1976	29	34	28	9	100
April-Mai 1977	30	30	30	10	100
<u>GEMEINSCHAFT</u> (3)					
Sept. 1973	56	11	20	13	100
Mai 1975	59	9	23	9	100
Okt.-Nov. 1975	<u>63</u>	9	21	7	100
Mai 1976	53	14	24	9	100
Nov. 1976	55	13	25	7	100
April-Mai 1977	57	14	21	8	100

- (1) Die Länder sind in der Reihenfolge abnehmender Häufigkeit der Antwort "gute Sache" im April 1977 geordnet.
- (2) Ohne Nordirland 1973.
- (3) Gewichtetes Mittel.

Die positive Einstellung zur Europäischen Gemeinschaft ist bei den Frauen (54%), vor allem den Frauen im Alter von 55 Jahren und darüber (45%), etwas weniger anzutreffen als bei den Männern (61%). Ausserdem ist die Zustimmung in Dörfern etwas höher als in Klein- oder Grosstädten (61% gegenüber 55%), aber die wichtigsten Unterscheidungskriterien sind das Einkommen, das Bildungsniveau und vor allem der Meinungsführerindex. Die Zahl der zustimmenden Antworten der Meinungsführer ist anderthalb mal grösser als die der Nichtmeinungsführer.

(Siehe Tabelle Nr. 13).

Tabelle Nr. 13

DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT (GEMEINSAMER MARKT): GUTE ODER SCHLECHTE SACHE

NACH GESCHLECHT, EINKOMMEN, BILDUNGSNIVEAU UND MEINUNGSFÜHRERINDEX

(Gesamte Gemeinschaft, April - Mai 1977)

	Berechnungs- grund- lage	Gute Sache	Schlechte Sache	Weder gut noch schlecht	Keine Antwort	Ins- gesamt
Insgesamt	9067	57%	14%	21%	8%	100%
Männer	4361	61	14	20	5	100
Frauen	4706	54	13	23	10	100
<u>Einkommen</u>						
geringes	1976	52	15	23	10	100
unter dem Durchschnitt	1601	57	14	20	9	100
über dem Durchschnitt	2168	56	17	20	7	100
hohes	1954	68	9	20	3	100
<u>Bildungsniveau</u>						
niedriges	4780	51	17	22	10	100
durchschnittliches	2606	60	12	22	6	100
hohes	1681	72	7	16	5	100
<u>Meinungsführerindex</u>						
Nichtmeinungsführer (--)	1886	43	16	24	17	100
( - )	3166	57	13	23	7	100
( + )	2804	64	11	20	5	100
Meinungsführer (++)	1212	66	16	16	2	100



## 2. DIE EUROPÄISCHE EINIGUNGSBEWEGUNG

Die Antworten auf diese Frage weisen eine grosse Kontinuität auf: durchschnittlich sind vier von zehn Personen (42%) für eine Beschleunigung, drei von zehn (34%) für das Weiterführen wie bisher und nur eine von zehn Personen (11%) befürwortet eine Verlangsamung.

In Italien und Luxemburg befürwortet die überwiegende Mehrheit der Befragten eine Beschleunigung; diese Tendenz scheint sich sogar weiter zu verstärken.

In den anderen Ländern ist die Öffentlichkeit geteilter Meinung:

- in Frankreich sprechen sich 45% für eine Beschleunigung und 37% für das Weiterführen wie bisher aus; das gleiche gilt gerade noch für Deutschland (38 gegenüber 35%);
- in Belgien, den Niederlanden und Irland überwiegt die Meinung, dass die Einigungsbewegung am besten wie bisher weitergeführt werden sollte;
- im Vereinigten Königreich und vor allem in Dänemark wird am häufigsten die Antwort "Weiterführen wie bisher" gegeben, aber zwei oder drei von zehn Personen würden eine Verlangsamung der Bewegung begrüßen.

(Siehe Tabelle Nr. 14)

Tabelle Nr. 14

SOLLTE DIE BEWEGUNG ZUR EINIGUNG EUROPAS BESCHLEUNIGT,  
WIE BISHER WEITERGEFÜHRT ODER VERLANGSAMT WERDEN

NACH LÄNDERN (1)

	Beschleunigen	Weiterführen wie bisher	Verlangsamen	Keine Antwort	Insgesamt
<u>Italien</u>					
Sept. 1973	55%	18%	2%	25%	100%
Okt.-Nov. 1975	61	17	4	18	100
Mai 1976	58	16	4	22	100
Nov. 1976	65	14	5	16	100
April-Mai 1977	66	17	5	12	100
<u>Luxemburg</u>					
Sept. 1973	56	29	1	14	100
Okt.-Nov. 1975	52	33	4	11	100
Mai 1976	55	20	9	16	100
Nov. 1976	55	26	6	13	100
April-Mai 1977	60	22	7	11	100
<u>Frankreich</u>					
Sept. 1973	36	40	3	21	100
Okt.-Nov. 1975	45	36	6	13	100
Mai 1976	43	37	7	13	100
Nov. 1976	42	35	10	13	100
April-Mai 1977	45	37	7	11	100
<u>Deutschland</u>					
Sept. 1973	49	34	4	13	100
Okt.-Nov. 1975	47	36	6	11	100
Mai 1976	39	34	10	17	100
Nov. 1976	41	37	9	13	100
April-Mai 1977	38	35	9	18	100
<u>Belgien</u>					
Sept. 1973	33	43	3	21	100
Okt.-Nov. 1975	39	28	3	30	100
Mai 1976	40	32	5	23	100
Nov. 1976	40	37	5	18	100
April-Mai 1977	38	41	5	16	100
<u>Niederlande</u>					
Sept. 1973	32	47	6	15	100
Okt.-Nov. 1975	33	38	4	25	100
Mai 1976	43	37	7	13	100
Nov. 1976	41	42	6	11	100
April-Mai 1977	37	51	4	8	100

Tabelle Nr. 14 (Fortsetzung)

	Beschleunigen	Weiterführen wie bisher	Verlangsamungen	Keine Antwort	Insgesamt
<u>Irland</u>					
Sept. 1973	25	45	12	18	100
Okt.-Nov. 1975	35	40	12	13	100
Mai 1976	31	40	14	15	100
Nov. 1976	33	40	10	17	100
April-Mai 1977	33	44	14	9	100
<u>Vereinigtes Königreich</u>					
Sept. 1973 (2)	17	40	24	19	100
Okt.-Nov. 1975	24	45	17	14	100
Mai 1976	23	42	24	11	100
Nov. 1976	26	46	17	11	100
April-Mai 1977	24	43	23	10	100
<u>Dänemark</u>					
Sept. 1973	12	44	36	8	100
Okt.-Nov. 1975	13	33	37	17	100
Mai 1976	13	33	32	22	100
Nov. 1976	14	38	30	18	100
April-Mai 1977	12	39	30	19	100
<u>GEMEINSCHAFT (3)</u>					
Sept. 1973	38	34	9	19	100
Okt.-Nov. 1975	43	34	8	15	100
Mai 1976	40	33	11	16	100
Nov. 1976	42	34	11	13	100
April-Mai 1977	42	34	11	13	100

- (1) Die Länder sind in der Reihenfolge abnehmender Häufigkeit der Antwort "beschleunigen" im April-Mai 1977 geordnet.  
 (2) Ohne Nordirland 1973  
 (3) Gewichtetes Mittel.

Ausnahmslos in allen Ländern (aber vor allem in Belgien, in Deutschland und in Frankreich) sprechen sich die Meinungsführer, d.h. jene Personen, die ein höheres Bildungsniveau aufweisen und politisch stärker engagiert sind, häufiger für eine Beschleunigung der europäischen Einigungsbewegung aus. In den sechs Gründerstaaten der Gemeinschaft äussert sich die Mehrheit der Meinungsführer in diesem Sinne.

(Siehe Tabelle Nr. 15).

Tabelle Nr. 15

BESCHLEUNIGUNG DER EUROPÄISCHEN EINIGUNGSBEWEGUNG  
NACH LÄNDERN UND MEINUNGSFÜHRERINDEX (1)

	Nicht-Meinungsführer (--)	(-)	(+)	Meinungsführer (++)
Italien	50%	66%	72%	75%
Luxemburg	50	60	60	78
Frankreich	28	39	51	61
Deutschland	23	36	45	58
Belgien	25	38	49	60
Niederlande	29	29	39	54
Irland	28	34	32	48
Vereinigtes Königreich	17	22	26	34
Dänemark	6	11	14	17
GEMEINSCHAFT (2)	28%	39%	47%	58%

(1) Die Länder sind in der Reihenfolge abnehmender Häufigkeit der Antwort "beschleunigen" geordnet.

(2) Gewichtetes Mittel.

### III

#### DIE DIREKTWAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Am April-Mai 1977 wurden zahlreiche Fragen - mehr als bei den vorangegangenen Erhebungen- zur Direktwahl des Europäischen Parlaments gestellt. Wenn die Verfahren zur Ratifizierung der Abkommen vom September 1976 abgeschlossen und in den einzelnen Ländern die entsprechenden Wahlgesetze verabschiedet sind, kann der Wahlkampf der politischen Parteien eröffnet werden. Es ist deshalb von höchstem Interesse, dass allen Betroffenen, d.h. letztlich den Bürgern Europas, die zum ersten Mal in dieser Eigenschaft wählen werden, alle zweckdienlichen Elemente zur Standortbestimmung und Orientierung zur Verfügung gestellt werden.

Diese Untersuchung wird bis zu den eigentlichen Wahlen, die für Mai oder Juni 1978 vorgesehen sind, fortgesetzt und die Ergebnisse der Erhebungen und Analysen stehen allen interessierten Personen ohne Einschränkung zur Verfügung.

\*  
\*       \*

Zu diesem Thema wurden bereits bei früheren Befragungen verschiedene Fragen gestellt, so dass die Entwicklung der öffentlichen Meinung weiterverfolgt werden kann. Im April-Mai 1977 kamen aber auch einige neue Fragen hinzu, die vor allem ein genaueres Bild über die Vorstellungen der Öffentlichkeit von der Rolle des Europäischen Parlaments und des europäischen Abgeordneten im Vergleich zu den nationalen Parlamenten und nationalen Abgeordneten vermitteln soll. Schliesslich wurden auch einige Fragen über die Absicht der befragten Personen, sich an der Wahl im kommenden Jahr zu beteiligen bzw. nicht zu beteiligen, vorgelegt.

Es handelt sich bei dieser Erhebung um vorläufige Ergebnisse, d.h. sie müssen durch spätere Analysen ergänzt und vertieft werden.

Wir werden im folgenden - ohne jedoch die Reihenfolge dieser Fragen im Fragebogen (1) zu berücksichtigen - folgendes überprüfen:

- die Einstellung zum nationalen Parlament und der Rolle der nationalen Abgeordneten;
- die allgemeine Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Wahl des Europäischen Parlaments und die diesbezügliche Einstellung;
- die vorrangigen Themen des Wahlkampfes und die von den politischen Parteien erwartete Strategie;
- die Bereitschaft, seine Stimme abzugeben und die Entscheidung für eine politische Gruppierung.

---

(1) Neben der Formulierung der einzelnen Fragen wird die Nummer der Frage angegeben. Der Leser kann somit ohne Schwierigkeiten die Reihenfolge der Fragen herausfinden.

1. DIE ALLGEMEINE EINSTELLUNG  
ZUM NATIONALEN PARLAMENT  
UND DER ROLLE DER NATIONALEN ABGEORDNETEN (1)

"Spielt das Parlament im Leben Ihres Landes z.Z. eine sehr wichtige Rolle - eine wichtige Rolle - eine nicht sehr wichtige Rolle - oder eine überhaupt nicht wichtige Rolle ?" (Frage 18)

"Würden Sie persönlich es eher begrüßen, wenn das Parlament eine wichtige Rolle - oder eine weniger wichtigere Rolle spielen würde als dies z.Z. der Fall ist? (Frage 19)

"Welche der hier aufgeführten Aufgaben ist Ihrer Ansicht nach die wichtigste Aufgabe des Parlaments ? Und welches ist die zweitwichtigste Aufgabe ?

- Über wichtige Themen zu debattieren
- Die Regierung zu überwachen und sie zu unterstützen oder  
oder ihr zu widersprechen
- Die Verwendung der öffentlichen Gelder zu kontrollieren
- Die Verwaltung zu kontrollieren
- Gesetze vorzuschlagen, zu diskutieren und zu verabschieden
- Skandale und Misstände zu untersuchen" (Frage 20 und 21).

"Was ist Ihrer Ansicht nach die wichtigste Aufgabe eines Abgeordneten?

- Den Wählern seines Wahlkreises bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen (2)
- Die Aktion seiner Partei im Parlament zu unterstützen
- An den Debatten des Parlaments teilzunehmen und Fragen zur Tätigkeit der Regierung zu stellen" (Frage 22)

1. Die Rolle des nationalen Parlaments

Drei Länder messen ihrem eigenen Parlament offensichtlich grosse Bedeutung bei, nämlich Dänemark, das Vereinigte Königreich und Irland, unmittelbar gefolgt von den Niederlanden. Danach kommen Deutschland, Luxemburg und Belgien. Frankreich und Italien folgen an letzter Stelle, wobei jedoch die Mehrheit der Bevölkerung (58% in Frankreich und 57% in Italien) der Ansicht sind, dass das eigene Parlament eine "wichtige" oder "sehr wichtige" Rolle spielt.

(Siehe Tabelle Nr. 16)

Seltsamerweise wünschen die Italiener (75%) und die Iren (65%) am häufigsten eine Verstärkung der Rolle ihres eigenen Parlaments. Dieses Phänomen kann man im übrigen recht häufig bei Meinungsbefragungen beobachten: Zweifellos kommt in Italien dadurch auch eine gewisse Enttäuschung zum Ausdruck, denn die Italiener halten am häufigsten die Rolle ihres Parlaments für nicht sehr wichtig oder überhaupt nicht wichtig

- (1) Die Formulierung dieser Frage wurde dem jeweiligen institutionellen System und politischen Vokabular der einzelnen Länder angepasst. In Frankreich befassen sich die Fragen z.B. mit der "Assemblée nationale (oder Chambre de Députés)", im Vereinigten Königreich mit dem "own Parliament at Westminster" usw.
- (2) Diese Frage wurde in den Niederlanden und im Vereinigten Königreich etwas anders formuliert, um der besonderen Lage gerecht zu werden:
  - "Helpen bij het oplossen van de individuele problemen van de burgers"
  - "To help solve problems of individual citizens".

während die Iren zwar die Bedeutung ihres Parlaments hoch einschätzen, aber trotzdem eine weitere Verstärkung wünschen (1).

Im Vereinigten Königreich (53%), Frankreich (50%) und in Belgien (47%) wünschen etwa die Hälfte der befragten Personen, dass das Parlament in ihrem Land eine wichtigere Rolle spielt. In den Niederlanden, in Dänemark, in Luxemburg und in Deutschland überwiegt die spontane Antwort "sollte so bleiben".

- (1) Eine Analyse der Antworten auf die beiden Fragen zeigt erwartungsgemäss, dass die Personen, die die derzeitige Rolle des Parlaments in ihrem Land für nicht sehr wichtig oder überhaupt nicht wichtig erachten, mehr als die anderen eine Verstärkung dieser Rolle wünschen. Das gilt auch für Italien, während in Irland etwa zwei Drittel der Bevölkerung, unabhängig von der Beurteilung der derzeitigen Rolle des Parlaments, eine Verstärkung dieser Rolle wünschen.

#### GESAMTE GEMEINSCHAFT

##### Wünschen für das Parlament:

	eine wich- tigere Rolle	eine weniger wichtige Rolle	die gleiche Rolle	Keine Antwort
<u>Von 100 Personen, die die der- zeitige Rolle des Parlaments für</u>				
- sehr wichtig oder wichtig	49%	8%	35%	8%
- nicht wichtig oder überhaupt nicht wichtig halten	72	11	8	9

#### ITALIEN

##### Wünschen für das Parlament:

	eine wich- tigere Rolle	eine weniger wichtige Rolle	die gleiche Rolle	Keine Antwort
<u>Von 100 Personen, die die der- zeitige Rolle des Parlaments für</u>				
- sehr wichtig oder wichtig	74%	5%	17%	4%
- nicht wichtig oder überhaupt nicht wichtig halten	93	3	3	1

#### IRLAND

##### Wünschen für das Parlament:

	eine wich- tigere Rolle	eine weniger wichtige Rolle	die gleiche Rolle	Keine Antwort
<u>Von 100 Personen, die die der- zeitige Rolle des Parlaments für</u>				
- sehr wichtig oder wichtig	69%	6%	21%	4%
- nicht wichtig oder überhaupt nicht wichtig halten	60	23	7	10

Man stellt ausserdem fest, dass 15 % der Briten wünschen, ihr Parlament würde eine weniger wichtige Rolle spielen (ohne eingehendere Analysen kann man jedoch diese Antwort nicht irgend einem Antiparlamentarismus oder bestimmten Tendenzen zugunsten der Übertragung erweiterter Kompetenzen an die "regionalen" Parlamente zuschreiben) (1).

Fast ein Viertel der Belgier (24%) und mehr als einer von fünf Franzosen (21%) antworten nicht auf diese Frage.

(Siehe Tabelle Nr. 17)

(1) Die Häufigkeit dieser Antwort steht in positiver Korrelation mit dem Bildungsniveau.

Tabelle Nr. 16

DIE BEDEUTUNG DER ROLLE DES NATIONALEN PARLAMENTS

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (1)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Sehr wichtig	17	42	22	13	42	16	15	27	45	25
Wichtig	45	44	54	45	35	41	62	55	31	44
Wenig wichtig	15	8	15	23	14	26	12	11	17	19
Überhaupt nicht wichtig	3	.	1	6	5	8	2	2	4	4
Keine Antwort	20	6	8	13	4	9	9	5	3	8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Index (2)	2,95	3,35	3,05	2,76	3,20	2,71	2,99	3,13	3,22	2,97

(1) Gewichtetes Mittel

(2) "sehr wichtig" = 4; "überhaupt nicht wichtig" = 1



Tabelle Nr. 17

DIE GEWUNSCHTE ROLLE DES NATIONALEN PARLAMENTS

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (1)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
eine wichtigere Rolle	47	35	35	50	65	75	41	36	53	51
eine weniger wichtige Rolle	6	8	10	4	9	4	6	8	15	8
die gleiche Rolle (spontane Antwort)	23	45	37	25	18	11	42	49	25	27
keine Antwort	24	12	18	21	8	10	11	7	7	14
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

(1) Gewichtetes Mittel.

Die der Rolle des eigenen Parlaments beigemessene Bedeutung und der Wunsch nach einer Erhöhung dieser Bedeutung sind also gemeinsame Merkmale - auch wenn einige Abstufungen bestehen - der neun Länder der Europäischen Gemeinschaft; dies ist keineswegs überraschend, da alle diese Länder trotz der Wechselfälle der Geschichte eine lange Tradition parlamentarischer Demokratie gemeinsam haben.

Es bleibt noch kurz zu prüfen, ob und inwieweit signifikante Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen innerhalb eines Landes festzustellen sind. Dies scheint jedoch nicht der Fall zu sein. Weder Geschlecht, Alter, Bildungsniveau, Einkommen noch der Wohnort wirken sich spürbar auf die Ergebnisse aus (1). Allein die Befähigung zum Meinungsführer steht deutlich in positiver Korrelation mit dem Wunsch nach einer wichtigeren Rolle des nationalen Parlaments.

(Siehe Tabelle Nr. 18).

(1) Man stellt jedoch fest - ohne die Ergebnisse späterer Untersuchungen zu diesem Thema vorwegzunehmen - dass die älteren Frauen (55 Jahre und darüber) und die jungen Männer (15 bis 24 Jahre) sich weniger häufig zu einer verstärkten Rolle des Parlaments äussern. Deutet dies eine gewisse Ernüchterung der männlichen Bürger hin, die jedoch von den jungen Bürgerinnen nicht geteilt wird, für die die Politik noch ein neues Verantwortungsfeld darstellt? Diese Hypothese müsste durch eine Sonderstudie über die Bestrebungen der Jugendlichen geprüft werden.

Tabelle Nr. 18

DER WUNSCH NACH EINER WICHTIGEREN ODER WENIGER WICHTIGEN ROLLE DES  
NATIONALEN PARLAMENTS NACH GESCHLECHT, ALTER, BILDUNGSNIVEAU, EIN-  
KOMMEN UND MEINUNGSFÜHRERINDEX  
(Gemeinschaft insgesamt)

	Berechnungs- grund- lage	Eine wichtigere Rolle	Eine weniger wichtige Rolle	Die gleiche Rolle	Keine Antwort
Zusammen	9067	51%	8%	27%	14%
<u>Männer</u>	4361	56	9	26	9
davon: 15-24 Jahre	785	46	12	30	12
25-39 Jahre	1199	55	10	26	9
40-54 Jahre	1111	59	7	27	7
55 Jahre und darüber	1241	59	7	24	10
<u>Frauen</u>	4706	48	7	26	19
davon: 15-24 Jahre	836	50	11	22	17
25-39 Jahre	1325	48	7	30	15
40-54 Jahre	1163	48	6	26	20
55 Jahre und darüber	1339	45	6	26	23
<u>Bildungsniveau</u>	4780	53	7	24	16
niedriges	2606	49	9	30	12
durchschnittliches	1681	50	11	28	11
hohes					
<u>Einkommen</u>	1976	54	6	21	19
geringes	1601	53	8	25	14
unter dem Durchschnitt	2168	51	8	28	13
über dem Durchschnitt	1954	51	11	31	7
hohes					
<u>Meinungsführerindex</u>					
Nicht-Meinungsführer (--)	1886	44	6	23	27
(-)	3166	51	8	27	14
(+)	2804	52	9	30	9
Meinungsführer	1212	63	9	22	6

## 2. Die Vorstellung über die Rolle des nationalen Parlaments

Die Besonderheiten der politischen Szene in den einzelnen Ländern kommen erneut durch die Antworten auf eine mehr abgestufte Frage zum Ausdruck, in der sechs Aufgaben genannt werden, die allgemein den Parlamenten zugeschrieben werden und zwei Antwortmöglichkeiten geboten werden (an erster und an zweiter Stelle).

Die Iren, die Briten und die Dänen, deren Einstellung zur Bedeutung der derzeitigen Rolle ihres Parlaments weiter oben dargelegt worden ist, sehen die Aufgabe des Parlaments zunächst darin, die Verwendung der öffentlichen Gelder zu kontrollieren. Für die Franzosen, die Luxemburger und die Deutschen besteht die wichtigste Aufgabe darin, Gesetze vorzuschlagen, zu diskutieren und zu verabschieden. Nach Ansicht der Italiener hat das Parlament die Aufgabe, über die wichtigen Probleme zu debattieren und - sicherlich aus aktuellem Anlass - Skandale und Misstände zu untersuchen. Die Deutschen heben zugleich die Überwachung der Regierung und Unterstützung bzw. Opposition zu ihrer Tätigkeit sowie die Verabschiedung von Gesetzen hervor. Die Niederländer und Belgier scheinen keine grossen Unterschiede zwischen den verschiedenen Aufgaben des Parlaments zu machen.

(Siehe Tabelle Nr. 19).

Vorbehaltlich weiterer Analysen, scheinen zwischen den einzelnen sozialen Gruppen keine spürbaren Unterschiede zu bestehen. Man könnte dennoch wahrscheinlich zwischen einem mehr "populären Bild" über die Rolle des Parlaments (Kontrolle über die Verwendung der öffentlichen Gelder, Untersuchung von Skandalen und Misständen) und einem mehr "kultivierten" Bild (Vorschlagen, Diskutieren und Verabschieden von Gesetzen, Überwachung der Regierungen, Unterstützung bzw. Opposition) unterscheiden.

(Siehe Tabelle Nr. 20).

Tabelle Nr. 19

### DIE WICHTIGSTE AUFGABE DES NATIONALEN PARLAMENTS (1) (Kumulierung der ersten und zweiten Antwort)

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (2)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Die Verwendung der öffentlichen Gelder zu kontrollieren	33	54	33	28	70	33	39	38	64	40
Gesetze vorzuschlagen, zu diskutieren und zu verabschieden	30	39	43	48	29	29	43	29	32	37
Über wichtige Probleme zu debattieren	36	33	19	35	29	41	30	36	41	34
Die Regierung zu überwachen und sie zu unterstützen oder ihr zu widersprechen	29	16	47	38	24	20	31	38	27	33
Skandale und Misstände zu untersuchen	29	17	23	24	27	40	13	26	11	25
Die Verwaltung zu kontrollieren	15	23	15	14	14	26	21	25	16	18

- (1) Die Antworten sind hier in der Reihenfolge der abnehmenden Häufigkeit in der gesamten Gemeinschaft geordnet.  
(2) Gewichtetes Mittel.

Tabelle Nr. 20

DIE WICHTIGSTE ROLLE DES NATIONALEN PARLAMENTS (1)  
NACH DEM BILDUNGSNIVEAU UND DEM MEINUNGSFÜHRERINDEX  
(Gesamte Gemeinschaft, erste und zweite Antwort zusammen)

	Bildungsniveau			Meinungsführerindex			
	Niedriges	Durchschnittliches	Hohes	Nicht-Meinungsführer	(-)	(+)	Meinungsführer
	%	%	%	% (-)	%	%	%
Die Verwendung der öffentlichen Gelder zu kontrollieren	<u>43</u>	40	29	38	<u>42</u>	39	36
Gesetze vorzuschlagen, zu diskutieren und zu verabschieden	30	42	<u>50</u>	29	38	<u>40</u>	<u>43</u>
Über wichtige Probleme zu debattieren	34	32	35	32	33	35	32
Die Regierung zu überwachen und sie zu unterstützen oder ihr zu widersprechen	28	37	<u>41</u>	26	30	<u>38</u>	<u>38</u>
Skandale und Misstände zu untersuchen	<u>30</u>	20	18	<u>28</u>	<u>27</u>	20	24
Die Verwaltung zu kontrollieren	18	18	16	19	18	17	18

(1) Siehe Anmerkung unter Tabelle Nr. 19

### 3. Die Vorstellungen über die Aufgabe der nationalen Abgeordneten

Als wichtigste Aufgabe der nationalen Abgeordneten wurde vor allem in Luxemburg, Irland und Dänemark am häufigsten die Unterstützung der Wähler bei der Lösung ihrer Probleme genannt. Im Vereinigten Königreich wird die wichtigste Aufgabe eines Abgeordneten darin gesehen, an den Debatten des Parlaments teilzunehmen und Fragen zur Tätigkeit der Regierung zu stellen.

(Siehe Tabelle Nr. 21)

Hier kommt noch deutlicher eine mehr "populäre" Vorstellung vom parlamentarischen Leben - der Volksvertreter im Dienste des Bürgers - und eine mehr "kultivierte" Vorstellung - der politischen Vertreter im eigentlichen Sinne des Wortes - zum Ausdruck. Man stellt fest, dass das Bild des Abgeordneten als Mitglied einer Partei unabhängig vom Bildungsniveau oder Meinungsführerindex am wenigsten verbreitet ist.

(Siehe Tabelle Nr. 22).

Tabelle Nr. 21

DIE WICHTIGSTE AUFGABE DES NATIONALEN ABGEORDNETEN (1)

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (3)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Den Wählern bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen (2)	48	58	50	48	58	38	60	34	35	43
An den Debatten des Parlaments teilzunehmen und Fragen zur Tätigkeit der Regierung zu stellen	23	20	22	35	26	35	20	36	45	33
Die Aktionen seiner Partei im Parlament zu unterstützen	17	14	22	13	15	18	17	22	17	18
Keine Antwort	12	8	6	4	1	9	3	8	3	6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

- (1) Die Antworten sind hier nach Reihenfolge ihrer abnehmenden Häufigkeit in der gesamten Gemeinschaft geordnet.
- (2) In den Niederlanden und im Vereinigten Königreich lautete die Formulierung etwas anders. Siehe Seite 30
- (3) Gewichtetes Mittel.

Tabelle Nr. 22

DIE WICHTIGSTE AUFGABE EINES NATIONALEN ABGEORDNETEN  
NACH DEM BILDUNGSNIVEAU UND DEM FÜHRUNGSINDEX (1)  
(Gesamte Gemeinschaft)

	Bildungsniveau			Meinungsführerindex			
	niedriges	durchschnittliches	hohes	Nicht-Meinungsführer	(-)	(+)	Meinungsführer (++)
	%	%	%	% (-)	%	%	%
Den Wähler bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen	44	43	40	46	45	42	36
An den Debatten des Parlaments teilzunehmen und Fragen zur Tätigkeit der Regierung zu stellen	29	36	38	24	32	36	40
Die Aktionen seiner Partei im Parlament zu unterstützen	19	17	18	17	17	18	22
Keine Antwort	8	4	4	13	6	4	2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100

## 2. DIE UNTERRICHTUNG UND DIE ALLGEMEINE EINSTELLUNG DER OFFENTLICHKEIT ZUR WAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

"Können Sie sich erinnern, in letzter Zeit in Zeitungen, Zeitschriften, Radio oder Fernsehen irgend etwas über das Europäische Parlament gelesen oder gehört zu haben?" (Frage 23)

WENN JA: "Können Sie sich noch erinnern, um was es sich dabei gehandelt hat?" (NICHT DRANGEN. KEINE HINWEISE) (Frage 24)

AN ALLE: "Hat nach Ihrem Wissen, das Europäische Parlament bisher auf die Angelegenheiten der Europäischen Gemeinschaften (Gemeinsamer Markt) einen sehr grossen Einfluss - grossen Einfluss - geringen Einfluss - oder überhaupt keinen Einfluss gehabt?" (Frage 25)

"Für das Jahr 1978 sind in jedem Mitgliedsland der Europäischen Gemeinschaft, also auch in Ihrem Land, Wahlen zum Europäischen Parlament geplant? Alle Bürger dieser Länder sind zur Wahl aufgerufen. Sind Sie selbst für - oder gegen diese Wahl?" (Frage 26)

"Halten Sie persönlich eine Beteiligung an dieser Wahl für wichtig - oder für nicht wichtig?" (Frage 27)

"Welche der folgenden Meinungen über die Wahlen zum Europäischen Parlament entspricht am ehesten Ihrer eigenen Meinung? (VORZEIGEN DER KARTE):

- Diese Wahlen sind ein Ereignis von grosser Bedeutung und werden zwangsläufig die politische Einigung Europas beschleunigen. (Frage 36)
- Diese Wahlen sind ein Ereignis von geringer Bedeutung, weil die nationalen Regierungen nicht an den Abstimmungen des Europäischen Parlaments gebunden sind.

### 1. Das Informationsniveau

Man muss sich zunächst eins vor den Augen halten: Bestimmte Teile der breiten Öffentlichkeit leben entweder abseits der grossen Informationsströme (1) oder werden mit einer Fülle unterschiedlicher Informationen konfrontiert, die sie aufgrund mangelnder Erläuterungen nur schwer assimilieren können; so konnte im April-Mai 1977 nahezu die Hälfte der Öffentlichkeit nicht sagen, ob sie in jüngster Zeit etwas über das Europäische Parlament gelesen oder gehört hatten.

Ausserdem nannte nur die Hälfte der Personen, die eine zustimmende Antwort gaben, also ein Viertel der Befragten, spontan die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

(1) Nähere Untersuchungen (1976) haben gezeigt, dass durchschnittlich nur 55% der befragten Personen in den neun Ländern der Gemeinschaft "täglich" eine Tageszeitung lesen, fast 30% antworten "von Zeit zu Zeit" oder "nie". Siehe J.R. RABIER: "La lecture des journaux quotidiens dans les pays de la Communauté européenne", Arbeitsdokument, Kommission der Gemeinschaften, 6. Juni 1977.

Wie aus Tabelle Nr. 23 hervorgeht, nannten fast vier von zehn Personen (37%) in Frankreich und Luxemburg, den beiden Ländern, wo das Europäische Parlament seine Plenartagungen abhält, spontan die Wahl zum Europaparlament. Diese Antwort wurde nur von einer von vier Personen in Italien (25%), einer von fünf Personen in Irland (17%) und von weniger als einer von sieben Personen in den Niederlanden (13%) gegeben.

Bei Fragen zur soziopolitischen Information sind im allgemeinen die Frauen weniger informiert als die Männer (vor allem in Frankreich) und die jüngeren Männer (15 bis 24 Jahre) weniger als die alten Männer. Die Einwohner von Grosstädten sind etwas besser unterrichtet als die Einwohner von Kleinstädten und Dörfern. Aber die wichtigsten Unterscheidungskriterien sind das Einkommen; das Bildungsniveau und vor allem der Meinungsführerindex; letzterer wirkt sich besonders deutlich aus in Frankreich, Belgien, Italien, Deutschland und Dänemark.

(Siehe Tabellen Nr. 24 und 25).

Es müssen also noch umfassende Bemühungen unternommen werden, um die breite Öffentlichkeit zu sensibilisieren und zu informieren.

Tabelle Nr. 23

DIE UNTERRICHTUNG DER OFFENTLICHKEIT

UBER DIE WAHL DER MITGLIEDER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS (1)

	Sagen, dass sie in letzter Zeit etwas über das Europäische Parlament gelesen oder gehört haben			Haben nichts darüber gelesen oder gehört	Antworten nicht auf die Frage	Insgesamt
	Insgesamt	Nennen die Wahl des Parlaments	Können die Wahl des EP nicht nennen			
	(A+B)	(A)	(B)	(C)	(D)	(A+B+C+D)
Frankreich	57%	37%	20%	40%	3%	100%
Luxemburg	62	37	25	29	9	100
Italien	52	26	26	44	4	100
Dänemark	49	25	24	48	3	100
Vereinigtes Königreich	58	20	38	39	3	100
Belgien	46	19	27	45	9	100
Deutschland	33	18	15	47	20	100
Irland	47	17	30	49	4	100
Niederlande	40	13	27	47	13	100
GEMEINSCHAFT (2)	49	24	25	43	8	100

(1) Die Länder sind in der Reihenfolge der abnehmenden Häufigkeit der positiven Antworten auf die Frage zur Wahl des Europäischen Parlaments (Spalte A) geordnet.

(2) Gewichtetes Mittel.

Tabelle Nr. 24

SIND ÜBER DIE WAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UNTERRICHTET

NACH GESCHLECHT UND ALTER (1)

(Von 100 befragten Personen in jeder Gruppe)

	Männer					Frauen				
	Total	15-24	25-39	40-54	55+	Total	15-24	25-39	40-54	55+
Insgesamt										
Frankreich	37%	42%	46%	55%	60%	24%	17%	26%	23%	27%
Luxemburg	37	(28)	(71)	(27)	(49)	27	(27)	(27)	(30)	(24)
Italien	26	28	45	30	31	19	25	21	14	16
Dänemark	25	21	39	33	32	18	19	23	18	14
Vereinigtes Königreich	20	12	26	35	29	13	10	13	10	15
Belgien	19	23	34	29	21	13	13	16	13	9
Deutschland	18	23	25	25	25	12	18	10	15	10
Irland	17	19	26	21	22	11	8	14	13	11
Niederlande	13	13	20	18	19	7	11	5	7	11
GEMEINSCHAFT (2)	24	25	34	34	35	16	17	16	15	15

(1) (2) Siehe Anmerkungen unter Tabelle Nr. 23



Tabelle Nr. 25

SIND ÜBER DIE WAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTES UNTERRICHTET  
NACH EINKOMMEN, BILDUNGSNIVEAU UND MEINUNGSFÜHRERINDEX (1)  
 (Von 100 befragten Personen jeder Gruppe)

	Ins- gesamt	Einkommen				Bildungsniveau			Meinungsführerindex			
		gerin- ges	unter dem Durch- schnitt	über dem Durch- schnitt	hohes	niedri- ges	durch- schnitt- liches	hohes	Nicht- meinungs- führer (--)	(-)	(+)	Meinungs- führer (++)
Frankreich	37%	30%	37%	36%	54%	25%	40%	53%	53%	32%	48%	57%
Luxemburg	37	(25)	(32)	(39)	(53)	(19)	(44)	(55)	(20)	(29)	(48)	(47)
Italien	26	19	21	32	36	18	33	43	9	23	31	45
Dänemark	25	20	27	26	32	20	30	37	9	22	33	43
Vereinigtes Königreich	20	11	21	21	28	17	22	26	10	20	24	24
Belgien	19	10	18	18	31	10	20	42	9	17	28	47
Deutschland	18	12	21	21	21	14	21	25	6	18	19	42
Irland	17	11	25	19	18	10	19	27	6	12	26	27
Niederlande	13	14	12	13	13	11	11	18	7	8	15	20
GEFEMEINSCHAFT (2)	24	18	22	26	32	17	27	38	9	22	29	41

(1) (2) Siehe Anmerkungen unter Tabelle Nr. 23.

## 2. Der Rolle des Europäischen Parlaments beigemessenen Bedeutung

Trotz der unzureichenden Information über die geplanten Wahlen zum Europäischen Parlament äussern sich durchschnittliches etwas drei Vierte der befragten Personen zur Bedeutung der derzeitigen Rolle dieses Parlaments. Dieses Phänomen tritt häufig auf und muss folgendermassen interpretiert werden: Es sind zwei ganz verschiedenen Dinge, ob man auf eine Frage zu einem bestimmten Problem, vor allem wenn dieses Problem noch nicht wirklich aktuell ist, antworten kann oder man in der Lage ist, über den Fragegegenstand - in diesem Fall eine Institution - über den man schon einmal etwas gehört hat, ein Urteil abzugeben. In anderen Worten, die abgegebene Meinung ist zwar an sich zur Untersuchung der Einstellung der Öffentlichkeit interessant, aber sie beruht nicht notwendigerweise auf einer eingehenden Kenntnis. In dem vorliegenden Falle äussern sich durchschnittlich neun von zehn Personen, die spontan die geplante Wahl nennen, zur Bedeutung der derzeitigen Rolle des Europäischen Parlaments, aber von zehn Personen, die dieses Vorhaben nicht nennen, äussern sich ebenfalls sieben. Weshalb? Das heisst nicht, dass wie die Analyse dieser Antworten zeigt - diese Personen rein zufällig antworten, sondern dass die geäusserten Meinungen auf sehr unterschiedlichen Kenntnissen, Vorstellungen und Auffassungen basieren. In Irland, Italien, Grossbritannien, Luxemburg und den Niederlanden wird der derzeitigen Rolle des Europäischen Parlaments relativ grosse Bedeutung beigemessen; Aber selbst in diesen Ländern sind nur fünf oder sechs von zehn Personen der Ansicht, dass diese Rolle "sehr wichtig" oder "wichtig" ist. In Belgien, Dänemark, Frankreich und vor allem in Deutschland ist dieses Verhältnis sehr viel niedriger.

(Siehe Tabelle Nr. 26)

Ausserdem ist festzustellen, dass von den Personen, die eine Antwort gaben, die sogenannten "durchschnittlichen" Meinungsführer dem nationalen Parlament dem Parlament eine grosse Bedeutung beigemessen haben, während die dem Europäischen Parlament zugeschriebene Bedeutung mit dem Meinungsführerindex zurückgeht. D.h. also, dass die über die Realitäten besser informierten Meinungsführer von einem oberflächlichen Urteil über die derzeitige Rolle des Europäischen Parlaments absehen.

(Siehe Tabelle Nr. 27).

Tabelle Nr. 26

DER DERZEITIGEN ROLLE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS BEIGEMESSENEN BETEUTUNG

	B	D	DK	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (1) (1)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Sehr wichtig	5	6	3	5	19	16	11	9	20	10
Wichtig	25	17	15	28	34	34	46	40	30	27
Nicht sehr wichtig	22	31	41	32	23	19	22	32	23	29
Überhaupt nicht wichtig	8	5	16	10	6	6	7	6	9	10
Keine Antwort	40	41	25	25	18	25	14	13	18	24
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Index (2)	2,46	2,40	2,07	2,36	2,80	2,80	2,71	2,60	2,73	2,49

(1) Gewichtetes Mittel.

(2) "Sehr wichtig" = 4 "überhaupt nicht wichtig" = 1

Tabelle Nr. 27

VERGLEICH ZWISCHEN DER DEM NATIONALEN PARLAMENTS UND DEM EUROPÄISCHEN  
PARLAMENTS BEIGEMESSENEN BEDEUTUNG  
NACH DEM MEINUNGSFÜHRERINDEX  
(Gesamte Gemeinschaft)

	Nichtmeinungs- führer (--)	(-)	(+)	Meinungs- führer (++)
	%	%	%	%
<u>1. Rolle des nationalen Parlaments</u>				
Sehr wichtig oder wichtig	61	68	74	68
Nicht sehr wichtig oder überhaupt nicht wichtig	19	24	22	30
Keine Antwort	20	8	4	2
Insgesamt	100	100	100	100
Index (1)	2,95	2,96	3,00	2,94
Bedeutung (2)	42	44	52	38
<u>2. Rolle des Europäischen Parlaments</u>				
Sehr wichtig oder wichtig	31	37	41	38
Nicht sehr wichtig oder überhaupt nicht wichtig	26	39	43	53
Keine Antwort	43	24	16	9
Insgesamt	100	100	100	100
Index (1)	2,56	2,49	2,50	2,40
Bedeutung (2)	5	-2	-2	-15

(1) Siehe Anmerkung (2) unter Tabelle Nr. 26

(2) Differenz zwischen der Gesamtzahl der Antworten "wichtig" und der Gesamtzahl der Antworten "wenig oder nicht wichtig".

### 3. Die Einstellung zur Wahl

Trotz der unzureichenden Information und dem ziemlich einschränkenden Urteil über die Bedeutung der derzeitigen Rolle des Europäischen Parlaments äussert sich die überwiegende Mehrheit der Bürger positiv zur allgemeinen Direktwahl: 72% im April-Mai 1977 gegenüber 69% im November 1976 und 54% im Herbst 1973. (Siehe Tabelle Nr. 28).

Tabelle Nr. 28

FÜR ODER GEGEN DIE ALLGEMEINE DIREKTWAHL  
DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS  
(Gesamte Gemeinschaft) (1)

	September 1973	Mai 1975	Okt.-Nov. 1975	Mai 1976	Nov. 1976	April-Mai 1977
	%	%	%	%	%	%
Im grosser und ganzen dafür	24 } 54 30 }	27 } 63 36 }	25 } 64 39 }	28 } 62 34 }	31 } 69 38 }	34 } 72 38 }
Im grossen und ganzen dagegen	12 } 23 11 }	9 } 18 9 }	10 } 18 8 }	11 } 21 10 }	8 } 14 6 }	8 } 13 5 }
Völlig dagegen						
Keine Antwort	23	19	18	17	17	15
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Selbstverständlich wird die Direktwahl von den Personen, die die geplante Wahl spontan nennen können, d.h. einer von vier Befragten, am häufigsten befürwortet (82%); aber auch von den andern Personen sprechen sich 69 % für die Direktwahl aus.

Ausserdem befürworten 91 % der Personen, die die derzeitige Rolle des Europäischen Parlaments für wichtig erachten, und 39 % derjenigen, die diese Rolle für wenig oder nicht wichtig halten, die Direktwahl.

(Siehe Tabelle Nr. 29).

Tabelle Nr. 29

FÜR ODER GEGEN DIE DIREKTWAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS  
ENTSPRECHEND DEN DIESBEZÜGLICHEN INFORMATIONEN  
UND DER DERZEITIGEN ROLLE DES PARLAMENTS BEIGEMESSENEN BEDEUTUNG  
(Gesamte Gemeinschaft, April-Mai 1977)

	Berechnungs- grundlage	Für die Wahl	Gegen die Wahl	Keine Antwort	Insgesamt
- Von 100 Personen, die spontan das Wahlvorhaben nennen können	2168	82%	13%	5%	100%
- Von 100 Personen, die das Wahl- vorhaben nicht nennen können	6899	69	13	18	100
- Von 100 Personen, die die der- zeitige Rolle des Europäischen Parlaments für sehr wichtig halten.	6053	91%	6%	3%	100%
- Von 100 Personen, die die der- zeitige Rolle des Europäischen Parlaments für nicht wichtig oder überhaupt nicht wichtig halten.	1835	39	41	20	100

Im Vergleich zu der Erhebung vom September 1973 - der ersten Erhebung in den neun Ländern der erweiterten Gemeinschaft - haben die zustimmenden Antworten zur Wahl in allen Ländern, ausser Deutschland, zugenommen.

(Siehe Tabelle Nr. 30)

Am meisten zugenommen hat diese positive Einstellung im Vereinigten Königreich (von 33 auf 57 %: + 34 Punkte), in Irland (von 45 auf 76 %: + 31 Punkte) sowie in Frankreich (von 51 auf 74 %: + 23 Punkte) und in den Niederlanden (von 62 auf 82 %: + 20 Punkte). In den beiden erstgenannten Ländern (neue Mitgliedstaaten der Gemeinschaft) scheint die Erhöhung der zustimmenden Antworten vor allem auf einen Rückgang der Gegenstimmen zurückzuführen zu sein, während sie in den beiden anderen Ländern insbesondere aus dem Rückgang der Beantwortungen resultieren dürfte (1):

(1) Wir sagen bewusst "zurückzuführen zu sein scheint". Da die bei den einzelnen Erhebungen befragten Personen nicht identisch sind, kann man dies nicht als einen Beweis für eine veränderte Einstellung der entsprechenden Personen anführen.

	Zunahme der zustimmenden Antworten	Rückgang der ablehnenden Antworten	Rückgang der Nichtbeant- wortungen
Vereinigtes Königreich (1)	34	27	7
Irland	31	19	12
Frankreich	23	6	17
Niederlande	20	7	13

In Bezug auf den Anteil der positiven Antworten la Deutschland 1972 an zweiter Stelle; heute erreicht es mit einem unveränderten Prozentsatz (69%) den sechsten Platz. Ein Teil der Antworten "völlig dafür" scheint einer weniger engagierten Haltung gewichen zu sein und ein Teil der wenigen engagierten befragten Personen entscheidet sich heute für die Nichtbeantwortung, wodurch eine gewisse Ernüchterung zum Ausdruck kommt.

(1) Ohne Nordirland 1973.

Tabelle Nr. 30

ENTWICKLUNG DER POSITIVEN UND NEGATIVEN EINSTELLUNG  
ZUR WAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS (1)

	September 1973				April-Mai 1977				Zunahme der posi- tiven Antworten
	da für	da- gegen	ohne Ant- wort	Ins- gesamt	da für	da- gegen	ohne Ant- wort	ins- ge- samt	
Luxemburg	67%	12%	21%	100%	85%	7%	8%	100%	18
Niederlande	62	16	22	100	82	9	9	100	20
Italien	74	12	21	100	80	10	10	100	6
Irland	45	31	24	100	76	12	12	100	[31]
Frankreich	51	18	31	100	74	12	14	100	23
Deutschland	69	12	19	100	69	8	23	100	[0]
Vereinigtes Königreich (2)	33	49	18	100	67	22	11	100	[34]
Belgien	52	14	34	100	64	13	23	100	12
Dänemark	36	43	21	100	44	27	29	100	8
GEMEINSCHAFT (3)	54	23	23	100	72	13	15	100	18

(1) Die Länder sind in der Reihenfolge der abnehmenden Häufigkeit der positiven Antworten im April-Mai 1977 geordnet.

(2) Ohne Nordirland 1973.

(3) Gewichtetes Mittel.

Ausnahmslos in allen Ländern wird die Wahl des Europäischen Parlaments von den Meinungsführern stärker befürwortet als von den Nichtmeinungsführern; diese Tendenz verstärkt sich sogar.

Besonders in Deutschland kommt der Unterschied zwischen Meinungsführer und nichtmeinungsführer sehr stark zum Ausdruck, denn 91 % der Meinungsführer, aber nur 47 % der Nichtmeinungsführer sind "dafür".

Zwischen 1973 und 1977 hat die positive Einstellung der Meinungsführer am stärksten in Irland (von 57 auf 84 % + 27 Punkte) und im Vereinigten Königreich (von 51 auf 74 % + 23 Punkte) zugenommen.

(Siehe Tabelle Nr. 31)

Tabelle Nr. 31

EINSTELLUNG DER MEINUNGSFÜHRER UND NICHTMEINUNGSFÜHRER ZUR WAHL  
DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

(Entwicklung von 1973 bis 1977 nach Ländern)(1)

	September 1973				April-Mai 1977			
	Nicht- meinungs- führer (--)	(-)	(+)	Meinungs- führer (++)	Nicht- meinungs- führer (--)	(-)	(+)	Meinungs- führer (++)
	%	%	%	%	%	%	%	%
<u>Belgien</u>								
dafür	33	53	72	76	47	65	80	88
dagegen	12	15	14	18	16	15	8	4
keine Antwort	55	32	14	6	37	20	12	8
<u>Dänemark</u>								
dafür	22	35	39	47	32	46	48	52
dagegen	43	40	45	47	23	23	32	35
keine Antwort	35	25	16	6	45	31	20	13
<u>Deutschland</u>								
dafür	32	65	80	88	47	70	75	91
dagegen	11	14	12	9	8	10	7	7
keine Antwort	57	21	8	3	45	20	18	2
<u>Frankreich</u>								
dafür	34	48	65	72	59	73	84	73
dagegen	14	20	22	19	9	12	9	22
keine Antwort	52	32	13	9	32	15	7	5
<u>Irland</u>								
dafür	32	44	56	57	62	76	85	84
dagegen	26	33	33	34	15	14	8	8
keine Antwort	42	23	11	9	23	10	7	8
<u>Italien</u>								
dafür	44	62	74	80	71	80	86	84
dagegen	8	10	15	15	10	8	8	14
keine Antwort	48	28	11	5	19	12	6	2
<u>Niederlande</u>								
dafür	40	65	73	70	56	83	88	86
dagegen	16	14	16	23	20	8	7	11
keine Antwort	44	21	11	7	24	9	5	3



Tabelle Nr. 31 (Fortsetzung)

	September 1973				April-Mai 1977			
	Nicht- meinungs- führer (--)	(-)	(+)	Meinungs- führer (++)	Nicht- meinungs- führer (--)	(-)	(+)	Meinungs- führer (++)
	%	%	%	%	%	%	%	%
<u>Vereinigtes</u> <u>Königreich</u> (2)								
dafür	18	33	40	51	54	69	71	74
dagegen	48	49	51	42	26	20	21	23
keine Antwort	34	18	9	7	20	11	8	3

- (1) Ohne Luxemburg aufgrund der Grösse des befragten Bevölkerungsquer-  
schnitts  
(2) Grossbritannien 1973

Die vorgelegten und erläuterten Daten zeigen sehr wohl, wie komplex die Einstellung der Bevölkerung zur Wahl des Europäischen Parlaments und wahrscheinlich auch zur Europäischen Gemeinschaft und zur Europäischen Einigungsbewegung ist: unzureichende Informationen, geringes Engagement, aber insgesamt herrscht in fast allen Mitgliedstaaten (mit Ausnahme von Dänemark) eine positive Einstellung vor. Die Zustimmung unter den Meinungsführern ist noch stärker und beruht vor allem auf einer besseren Information und einem grösseren Engagement. Dies scheint ein wichtiger Ansatzpunkt für die Tätigkeit der politischen Parteien und der anderen Organisationen im Laufe des ersten Wahlkampfes für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments zu sein.

Aber vor einer Untersuchung der anderen Aspekte dieses Wahlkampfes sollen die Antworten auf die beiden folgenden Fragen erläutert werden:

- Die Bedeutung, die die befragten Personen einer Beteiligung an dieser Wahl beimessen;
- die Bedeutung, die dem Ergebnis dieser Wahl beigemessen wird, das heisst, der Legitimation des Europäischen Parlaments durch die allgemeine und direkte Wahl seiner Mitglieder.

#### Die Bedeutung der Wahlbeteiligung

Im Durchschnitt halten mehr als zwei von drei Europäern (67 %) eine Beteiligung an dieser Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments persönlich für wichtig.

In diesem Sinne äussern sich am häufigsten die Niederländer, gefolgt von den Italienern, den Iren, den Briten und den Luxemburgern. Die Franzosen, Belgier, Deutschen und Dänen weisen einen leichten Rückstand auf. Aber überall, ausser in Dänemark, hält die Mehrheit der Bevölkerung eine Wahlbeteiligung für wichtig.

(Siehe Tabelle Nr. 32).

Die Meinungsführer messen dieser Wahl erwartungsgemäss die grösste Bedeutung bei.

(Siehe Tabelle Nr. 33)

Tabelle Nr. 32

DER BETEILIGUNG AN DER EUROPÄISCHEN WAHL BEIGEMESSENE  
BEDEUTUNG

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (1)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Wichtig	55	49	52	69	73	76	72	82	73	67
Nicht wichtig	30	24	27	16	20	15	20	12	21	20
Keine Antwort	15	27	21	15	7	9	8	6	6	13
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

(1) Gewichtetes Mittel

Tabelle Nr. 33

DER BETEILIGUNG AN DER EUROPÄISCHEN WAHL BEIGEMESSENE  
BEDEUTUNG NACH DEM MEINUNGSFÜHRERINDEX  
(Gesamte Gemeinschaft)

	Nichtmeinungs- führer (--)	(-)	(+)	Meinungs- führer
	%	%	%	%
Wichtig	49	66	75	78
Nicht wichtig	25	21	17	17
Keine Antwort	26	13	8	5
Insgesamt	100	100	100	100

### Die Bedeutung der Wahl

Die der Wahlbeteiligung persönlich beigemessene Bedeutung bringt sicherlich in gewisser Weise auch das Verhältnis der Bürger zum allgemeinen Wahlrecht -in der Praxis und als Symbol - zum Ausdruck. Deshalb ist zweifellos auch die Zahl derer (53%), die die Wahl des Europäischen Parlaments für ein "Ereignis von grosser Bedeutung, das zwangsläufig die politische Einigung Europas beschleunigen wird" halten, etwas weniger zahlreich.

Diese Ansicht vertreten etwa sechs von zehn Personen in Luxemburg, Italien, Frankreich und den Niederlanden; in Belgien, im Vereinigten Königreich und in Irland liegt die Zahl etwas niedriger (50 bis 55%); in Deutschland und in Dänemark äussern sich vier von zehn Personen in diesem Sinne.

Die Bedeutung der Wahl nimmt in allen Ländern, ausser in Deutschland, mit dem näherrückenden Termin und der beginnenden politischen Debatte zu.

(Siehe Tabelle Nr. 34).

Diese Entwicklung kommt bei den Meinungsführern etwas stärker zum Ausdruck; kaum eine von zehn Personen gibt keine Antwort und die positive Einstellung überwiegt. Zum gegenwärtigen Stand der Analyse kann man nicht sagen, ob die diesem Ereignis beigemessene Bedeutung die positive Einstellung bestimmt - Überzeugungsprozess - oder ob das Gegenteil zutrifft, nämlich Rechtfertigungsprozess. Im übrigen können beide Entwicklungen im Rahmen eines psychologisch-sozialen Anpassungsprozesses zusammenwirken, da das bevorstehende Ereignis weitgehend begrüsst und von breiten Schichten der Bevölkerung positiv aufgenommen wird.

(Siehe Tabelle Nr. 35).

\*  
\*   \*   \*

In der Tabelle Nr. 36 werden die Ergebnisse der wichtigsten Frage - "für" oder "gegen" die Wahl des Europäischen Parlaments - und die Entwicklung der Antworten zwischen 1973 bis 1977 nach Ländern aufgeführt.

Tabelle Nr. 34

DIE BEDEUTUNG DER WAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (1)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
- Diese Wahlen sind ein Ereignis von grosser Bedeutung, und werden zwangsläufig die politische Einigung Europas beschleunigen										
Nov. 1976	53	35	47	46	38	56	53	48	41	48
April-Mai 1977	55	40	41	58	50	62	64	58	51	53
- Diese Wahlen sind ein Ereignis von geringer Bedeutung, weil die nationalen Regierungen nicht an die Abstimmungen des Europäischen Parlaments gebunden sind (2)										
Nov. 1976	19	33	35	28	27	19	25	29	31	28
April-Mai 1977	16	25	37	23	28	22	20	28	29	27
- Keine Antwort										
Nov. 1976	28	32	18	26	35	25	22	23	28	24
April-Mai 1977	29	35	22	19	22	16	16	14	20	20

(1) Gewichtetes Mittel

(2) Im November 1976 wurde die Frage wie folgt formuliert "Die Staatshäupter sind nicht an die Abstimmungen des Europäischen Parlaments gebunden".

Tabelle Nr. 35

DIE BEDEUTUNG DER WAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

NACH DEM MEINUNGSFÜHRERINDEX

(Gesamte Gemeinschaft)

	Nichtmei- nungsführer (--)	(-)	(+)	Meinungs- führer (++)
	%	%	%	%
- Ereignis von grosser Bedeutung				
Nov. 1976	36	46	55	56
April-Mai 1977	36	51	61	62
- Ereignis von geringer Bedeutung				
Nov. 1976	22	30	29	34
April-Mai 1977	26	29	27	29
- Keine Antwort				
Nov. 1976	42	24	16	10
April-Mai 1977	38	20	12	9

Tabelle Nr. 36

FÜR ODER GEGEN DIE ALLGEMEINE DIREKTWAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

NACH LÄNDERN (1)

	Völlig dafür	Im grossen u. ganzen dafür	Im grossen u. ganzen dagegen	Völlig dagegen	Keine Antwort	Insgesamt
<b>Luxemburg</b>						
Sept. 1973	40%	27%	8%	4%	21%	100%
Mai 1975	36	33	7	3	21	100
Okt.-Nov. 1975	31	44	6	1	18	100
Mai 1976	36	35	5	4	20	100
Nov. 1976	44	33	8	1	14	100
April-Mai 1977	43	42	5	2	8	100
<b>Niederlande</b>						
Sept. 1973	32	30	11	5	22	100
Mai 1975	28	29	7	7	29	100
Okt.-Nov. 1975	27	32	6	5	30	100
Mai 1976	43	31	8	6	12	100
Nov. 1976	38	36	6	5	15	100
April-Mai 1977	52	30	6	3	9	100
<b>Italien</b>						
Sept. 1973	34	30	8	4	24	100
Mai 1975	37	40	6	2	15	100
Okt.-Nov. 1975	38	40	5	3	14	100
Mai 1976	42	32	6	2	18	100
Nov. 1976	40	37	5	3	15	100
April-Mai 1977	43	37	7	3	10	100
<b>Irland</b>						
Sept. 1973	15	30	17	14	24	100
Mai 1975	20	35	13	9	23	100
Okt.-Nov. 1975	19	37	15	8	21	100
Mai 1976	24	33	17	8	18	100
Nov. 1976	29	34	9	5	23	100
April-Mai 1977	46	30	6	6	12	100
<b>Frankreich</b>						
Sept. 1973	22	29	11	7	31	100
Mai 1975	33	35	9	6	17	100
Okt.-Nov. 1975	26	43	9	4	18	100
Mai 1976	28	38	10	7	17	100
Nov. 1976	27	42	9	4	18	100
April-Mai 1977	28	46	9	3	14	100
<b>Deutschland</b>						
Sept. 1973	29	40	9	3	19	100
Mai 1975	28	48	6	2	16	100
Okt.-Nov. 1975	23	50	9	2	16	100
Mai 1976	25	42	10	5	18	100
Nov. 1976	27	49	7	3	14	100
April-Mai 1977	23	46	6	2	23	100

Tabelle Nr. 35 (Fortsetzung)

	Völlig dafür	Im gros- sen und ganzen dafür	Im gros- sen und ganzen dagegen	Völlig dagegen	Keine Antwort	Ins- gesamt
Vereinigtes Königreich						
Sept. 1973 (2)	11%	22%	19%	30%	18%	100%
Mai 1975	16	25	16	27	16	100
Okt.-Nov. 1975	13	28	18	24	17	100
Mai 1976	14	26	19	29	12	100
Nov. 1976	30	27	8	14	21	100
April-Mai 1977	42	25	10	12	11	100
Belgien						
Sept. 1973	23	29	8	6	34	100
Mai 1975	23	32	6	3	36	100
Okt.-Nov. 1975	20	33	5	4	38	100
Mai 1976	31	28	7	4	30	100
Nov. 1976	37	32	5	4	22	100
April-Mai 1977	33	31	7	6	23	100
Dänemark						
Sept. 1973	20	16	18	25	21	100
Mai 1975	15	20	12	21	32	100
Okt.-Nov. 1975	13	19	18	25	25	100
Mai 1976	18	22	17	25	18	100
November 1976	22	20	16	21	21	100
April-Mai 1977	22	22	12	15	29	100

(1) Die Länder sind in der abnehmenden Häufigkeit der positiven Antworten:  
"völlig dafür" und "im grossen und ganzen dafür" im April-Mai 1977  
geordnet.

(2) Ohne Nordirland 1973

### 3. DIE BEGRIFFSINHALTE DER EINSTELLUNGEN ZUR WAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Eines der Ziele dieser Studie besteht darin, die Beweggründe und die Ursachen für die positive bzw. negative Einstellung der Öffentlichkeit sowie die Vorstellungen der Bevölkerung über die Rolle eines Europäischen Parlaments eingehender als bei den vorangegangenen Erhebungen zu untersuchen.

Zu diesem Thema wurden zwei Fragen gestellt:

"Hier sind einige Behauptungen über die im nächsten Jahr stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament. Sagen Sie mir bitte zu jeder dieser Behauptungen, ob und in welchem Masse Sie ihr zustimmen oder nicht."

- Europäische Wahlen sind notwendig, um mehr demokratische Kontrolle über die Gemeinschaft und ihre Funktionäre in Brüssel zu erreichen.
- Europäische Wahlen sind notwendig, um zu entscheiden, was für ein Europa wir in Zukunft haben wollen.
- Europäische Wahlen könnten dazu führen, dass das Europäische Parlament im Vergleich zu unserem eigenen Parlament (in unserem Land) zuviel Macht erhält.
- Unser Land hat genug Probleme zu lösen und sollte seine Zeit nicht mit europäischen Wahlen vertun." (Frage 28-31)

"Welche der folgenden Haltungen erwarten Sie von einem Mitglied (Ihres Landes) des Europäischen Parlaments?"

- Ein Mitglied des Europäischen Parlaments sollte die Interessen der Europäischen Gemeinschaft als Ganzes wahren, auch wenn diese nicht immer den augenblicklichen Interessen (Ihres Landes) entsprechen.
- Ein Mitglied des Europäischen Parlaments sollte immer die Interessen (Ihres Landes) wahren, ganz davon abgesehen, ob dies gut für die Europäische Gemeinschaft ist oder nicht." (Frage 32)

#### 1. Argumente für oder gegen die Wahl

Von den beiden positiven Behauptungen erhält die Behauptung, dass europäische Wahlen notwendig sind, und zu entscheiden, was für ein Europa wir in Zukunft haben wollen, die grösste Zustimmung (durchschnittlich 78%). Für die zweite positive Behauptung - eine mehr demokratische Kontrolle über die Funktionäre in Brüssel - stimmen 66 % der Befragten.

Die erstgenannte Behauptung ist vor allem in Irland (86 %) und in Luxemburg (81 %) weit verbreitet, aber sie erreicht in keinem Land weniger als 54 % (Dänemark).

Die zweite Behauptung wird am häufigsten in Irland (82 %) und im Vereinigten Königreich (77 %) genannt und erhält 59 % in Frankreich und Italien, 58 % in Belgien und 54 % in Dänemark.

Auf die beiden negativen Behauptungen entfallen durchschnittlich nur ein Drittel der Stimmen; sie erreichen in keinem Land eine Mehrheit.

Die Gefahr, des Europäischen Parlaments können zuviel Macht erhalten, wird dennoch von 47 % der Briten und 42 % der Iren in Betracht gezogen.

Zu allen vier Behauptungen wird ein hoher Prozentsatz an Nichtbeantwortungen in Dänemark (durchschnittlich 33 %) festgestellt.

(Siehe Tabelle Nr. 37).

Offensichtlich besteht zumindest von einer gewissen sozio-politischen Mobilisierungsschwelle an (Niveau - ) kein grösserer Zusammenhang zwischen dem Meinungsführerindex und den beiden positiven Argumenten. Dagegen erhöht sich die Ablehnung der beiden negativen Argumente beträchtlich mit dieser Variablen.

(Siehe Tabelle Nr. 39).

Lässt man die Nichtbeantwortungen ausser acht, so stellt man fest, dass die "Netto-Zustimmung", d.h. die Differenz zwischen den zustimmenden und ablehnenden Antworten in bezug auf die zweite positive Behauptung ("um zu entscheiden, was für ein Europa wir in Zukunft haben wollen") bei den "fast Meinungsführer" (etwa 30 % der Bevölkerung) am stärksten ist, während die zweite positive Behauptung ("Kontrolle über die Funktionäre in Brüssel") in der "breiten Öffentlichkeit" überwiegt (66 % der befragten Personen).

Die beiden negativen Behauptungen sind ganz klar mit dem Meinungsführerindex verknüpft; vor allem die Behauptung "seine Zeit nicht mit europäischen Wahlen vertun", wird von den Meinungsführern eindeutig abgelehnt (1).

(Siehe Tabelle Nr. 38).

(1)

# ZUSTIMMUNG BZW. ABLEHNUNG DER BEHAUPTUNG

	Nicht-Meinungs- führer		Meinungs- führer	
	(--)	(-)	(+)	(++)
<u>Positive Behauptungen</u>				
- Kontrolle über die Funktionäre in Brüssel	39	52	50	42
- Entscheiden was für ein Europa	55	69	74	69
<u>Negative Behauptungen</u>				
- Zuviel Macht	3	-11	-22	-20
- Nicht seine Zeit vertun	5	-20	-39	-45
Berechnungsgrundlage	(1886)	(3166)	(2804)	(1212)



Tabelle Nr. 37

DIE ARGUMENTE FÜR UND GEGEN DIE WAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (1)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
<u>A. Die europäischen Wahlen sind notwendig, um mehr demokratische Kontrolle über die Funktionäre in Brüssel zu erreichen</u>										
Völlig dafür	24	30	25	18	42	19	31	30	36	25
Im grossen und ganzen dafür	34	24	44	41	40	40	38	36	41	41
Im grossen u. ganzen dagegen	11	6	10	11	6	15	9	15	6	11
Völlig dagegen	8	6	5	5	3	12	4	12	6	7
Keine Antwort	23	34	16	25	9	14	18	7	11	16
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Index (2)	2,96	3,17	3,06	2,98	3,32	2,76	3,17	2,91	3,19	3,00
<u>B. Europäische Wahlen sind notwendig, um zu entscheiden, was für ein Europa wir in Zukunft haben wollen</u>										
Völlig dafür	40	29	36	37	48	35	52	41	41	37
Im grossen und ganzen dafür	32	25	40	43	38	43	29	43	39	41
Im grossen u. ganzen dagegen	5	9	8	4	6	7	4	8	5	6
Völlig dagegen	3	7	4	2	3	5	2	3	7	4
Keine Antwort	20	30	12	14	5	10	13	5	8	12
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Index (2)	3,36	3,09	3,23	3,32	3,39	3,20	3,51	3,28	3,24	3,25
<u>C. Diese Wahlen könnten dazu führen, dass das Europäische Parlament im Vergleich zu unserem eigenen Parlament (in unserem Land) zuviel Macht erhält</u>										
Völlig dafür	10	18	11	10	13	6	11	11	16	11
Im grossen und ganzen dafür	27	19	21	20	29	19	21	24	31	23
Im grossen u. ganzen dagegen	21	17	36	31	29	33	28	34	25	31
Völlig dagegen	13	9	14	10	11	25	16	24	12	15
Keine Antwort	29	37	18	29	18	17	24	7	16	20

Tabelle Nr. 37 (Fortsetzung)

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (1)
Insgesamt	% 100	% 100	% 100	% 100	% 100	% 100	% 100	% 100	% 100	% 100
Index (2)	2,47	2,72	2,37	2,43	2,53	2,07	2,36	2,25	2,61	2,37
D. <u>Unser Land hat genug Probleme zu lösen und sollte seine Zeit nicht mit europäischen Wahlen vertun</u>										
Völlig dafür	17	18	13	13	18	14	17	15	18	15
Im grossen und ganzen dafür	20	18	14	16	24	17	20	14	25	18
Im grossen und ganzen dagegen	21	17	30	31	28	22	22	25	24	26
Völlig dagegen	25	15	28	29	24	38	27	41	26	30
Keine Antwort	17	32	15	11	6	9	14	5	7	11
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Index (2)	2,35	2,58	2,15	2,15	2,39	2,08	2,31	2,03	2,37	2,20

(1) Gewichtetes Mittel.

(2) "Völlig dafür" = 4

Tabelle Nr. 38

DIE ARGUMENTE FÜR UND GEGEN DIE WAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

NACH DEM MEINUNGSFÜHRERINDEX

(Gesamte Gemeinschaft)

	Nichtmeinungs- führer (--)	(-)	(+)	Meinungs- führer (++)
	%	%	%	%
<u>Mehr demokratische Kontrolle über die Funktionäre in Brüssel</u>				
Dafür	53	68	70	68
Dagegen	14	16	20	26
Keine Antwort	33	16	10	6
<u>Entscheiden was für ein Europa wir wollen</u>				
Dafür	64	79	84	83
Dagegen	9	10	10	14
Keine Antwort	27	11	6	3
<u>Könnte dem Europäischen Parlament zuviel Macht geben</u>				
Dafür	33	34	33	36
Dagegen	30	45	55	56
Keine Antwort	37	21	12	8
<u>Seine Zeit nicht mit europäischen Wahlen vertun</u>				
Dafür	41	35	27	26
Dagegen	36	55	66	71
Keine Antwort	23	10	7	3

Welchen Einfluss haben diese beiden Argumente für oder gegen die Wahl des Europäischen Parlaments auf die Bedeutung, die der einzelne Bürger persönlich einer Wahlbeteiligung beimisst? Eine zweidimensionale Analyse der beiden Antworten führt zu folgenden Schlussfolgerungen:

- a) von 100 Personen, die der ersten positiven Behauptung ("Kontrolle über die Funktionäre in Brüssel") zustimmen, halten 79 % eine Wahlbeteiligung für wichtig, während von 100 Personen, die dieser Behauptung nicht zustimmen, 53 % eine Wahlbeteiligung für wichtig halten: die Differenz beträgt also 26 Punkte;
- b) von 100 Personen, die die zweite positive Behauptung ("entscheiden, was für ein Europa") unterstützen, halten 77 % eine Wahlbeteiligung für wichtig, aber von 100 Personen, die dieses Argument ablehnen, erachten nur 33 % eine Wahlbeteiligung für wichtig: die Differenz beträgt 44 Punkte; dieses Argument hat also stärkeres Gewicht;
- c) von 100 Personen, die der ersten negativen Behauptung ("das Europäische Parlament könnte zu viel Macht erhalten") zustimmen, halten 26 % eine Wahlbeteiligung für nicht wichtig; 15 % sind gegenteiliger Ansicht: Die Differenz (11 Punkte) zeigt, dass dieses Argument kaum Gewicht hat;
- d) von 100 Personen, die die zweite negative Behauptung ("seine Zeit nicht mit europäischen Wahlen vertun") billigen, halten 36 % eine Wahlbeteiligung für nicht wichtig; 11 % sind gegenteiliger Ansicht: Die Differenz beträgt 25 Punkte.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Personen, die eine Beteiligung an der Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments für wichtig halten, weit mehr auf die möglichen Auswirkungen dieser Wahl auf die Zukunft des "Europäischen Vorhabens" als nur auf die Kontrolle der Funktionäre in Brüssel bedacht sind. Andererseits scheinen die Personen, die eine Wahlbeteiligung nicht für wichtig halten, diese Wahl (oder das Europäische Parlament) eher für überflüssig zu halten als eine "Supranationalität" zu befürchten (1).

(Siehe Tabelle Nr. 39).

---

(1) Eine eingehendere Analyse wird später auf Basis aller Antworten jeder der befragten Personen durchgeführt.

Tabelle Nr. 39

DER WAHLBETEILIGUNG BEIGEMESSENE BEDEUTUNG  
ENTSPRECHEND DER EINSTELLUNG ZU DEN ARGUMENTEN  
FÜR ODER GEGEN DIE WAHLEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS  
(Gesamte Gemeinschaft)

	Berechnungs- grundlage	Halten persönlich eine Wahlbeteiligung für wichtig	Halten eine Wahl- beteiligung für nicht wichtig
<u>Von 100 Personen, die die folgenden Antworten gaben:</u>			
<u>- Kontrolle über die Funk- tionäre in Brüssel:</u>			
Dafür	5957	79%	14%
Dagegen	1631	53	39
Keine Antwort	1479	34	26
<u>- Entscheiden, was für ein Europa wir wollen:</u>			
Dafür	7054	77%	14%
Dagegen	972	33	56
Keine Antwort	1041	26	27
<u>- Das Europäische Parlament könnte zuviel Macht erhalten:</u>			
Dafür	3075	65%	26%
Dagegen	4180	78	15
Keine Antwort	1812	44	22
<u>- Seine Zeit nicht mit europäischen Wahlen vertun:</u>			
Dafür	2966	51%	36%
Dagegen	5116	83	11
Keine Antwort	985	33	23

## 2. Von einem europäischen Abgeordneten erwartete Haltung

In Anbetracht der umfangreichen Diskussionen über die möglichen Gefahren einer "supranationalen" Unternehmung in einigen Ländern war es interessant zu erfahren, ob und inwieweit die Öffentlichkeit darauf reagiert. Die betreffende Frage war so formuliert, dass sich die befragten Personen zwischen zwei Vorstellungen über einen europäischen Abgeordneten, der sich selbst mit einer Entscheidung konfrontiert sieht, nämlich Wahrung der Interessen der Gemeinschaft unter allen Umständen, selbst gegen das augenblickliche Interesse seines Landes oder stets Wahrung der Interessen seines Landes, selbst wenn dies gegen die Interessen der Gemeinschaft verstösst, entscheiden mussten.

Die Frage mag zwar schwierig erscheinen, aber trotzdem haben im Durchschnitt neun von zehn befragten Personen darauf geantwortet (22 % Nicht-Beantwortungen in Dänemark, 19 % in Deutschland und 16 % in Belgien).

Die Personen, die antworten, verteilen sich in etwa zwei gleich grosse Lager; nur in den Niederlanden überwiegt die "supranationale" Antwort eindeutig (62 gegenüber 29 %), während in Irland (56 gegenüber 39 %), in Dänemark (46 gegenüber 32 %) und im Vereinigten Königreich (53 gegenüber 41 %) die nationale Antwort im Vordergrund steht. Bei dieser Frage kommt also ein klarer Unterschied in der Einstellung der Öffentlichkeit in den sechs Gründerstaaten der Gemeinschaft und den drei neuen Mitgliedstaaten zum Vorschein:

	Die Sechs insgesamt	Vereinigtes Königreich	Dänemark	Irland
"supranationale" Antwort	45	41	32	39%
"nationale" Antwort	42	53	46	56
Differenz	+3	-12	-14	-17

Insgesamt ist bei den Jugendlichen - sowohl Männer als auch Frauen - häufiger die "supranationale" Antwort anzutreffen; das gleiche gilt für die Personen mit hohem Einkommen und die Meinungsführer, aber das wichtigste Unterscheidungskriterium scheint hier das Bildungsniveau zu sein. Das kann somit erklärt werden, dass die - mehr politisierten - Meinungsführer zwangsläufig widersprüchliche Meinungen vertreten, während die gebildeten und besser informierten Personen, vor allem unter der jungen Generation, das langfristige Interesse der Gemeinschaft im Verhältnis zum augenblicklichen Interesse des einzelnen Landes besser einschätzen (2).

(Siehe Tabelle Nr. 41).

(1) Gewichtetes Mittel

(2) Nur durch eine eingehendere Analyse, bei der vor allem die Wertesysteme berücksichtigt werden, können diese Hypothesen weiterverfolgt werden.

Tabelle Nr. 40

DIE ERWARTETE HALTUNG EINES EUROPÄISCHEN ABGEORDNETEN  
AUGENBLICKLICHES NATIONALES INTERESSE ODER INTERESSE DER GEMEINSCHAFT

[illegible]

Tabelle Nr. 41

DIE ERWARTETE HALTUNG EINES EUROPÄISCHEN ABGEORDNETEN  
NACH GESCHLECHT, ALTER, EINKOMMEN, BILDUNGSNIVEAU UND MEINUNGSFÜHRERINDEX  
(Gesamte Gemeinschaft)

	Interesse der Gemein- schaft	Nationales Interesse	Keine Antwort	Insgesamt
Insgesamt	44%	45%	11%	100%
<u>Männer</u>	48	43	9	100
davon: 15-24 Jahre	53	38	9	100
25-39	53	40	7	100
40-54	48	45	7	100
55 und darüber	39	49	12	100
<u>Frauen</u>	41	45	14	100
davon: 15-24 Jahre	51	38	11	100
25-39	44	44	12	100
40-54	39	47	14	100
55 und darüber	34	49	17	100
<u>Bildungsniveau</u>				
niedriges	35	52	13	100
durchschnittliches	49	41	10	100
hohes	64	28	8	100
<u>Einkommen</u>				
geringes	35	51	14	100
unter dem Durchschnitt	40	48	12	100
über dem Durchschnitt	43	47	10	100
hohes	58	34	8	100
<u>Meinungsführerindex</u>				
Nicht-Meinungsführer (--)	28	52	20	100
(-)	42	47	11	100
(+)	53	39	8	100
Meinungsführer (++)	56	38	6	100



Stellen wir uns noch einmal die Frage: Gibt es eine Beziehung zwischen der von einem europäischen Abgeordneten erwarteten Haltung und der einer Beteiligung an der Wahl des Europäischen Parlaments persönlich beigemessenen Bedeutung ?

Von den Personen, die dem Abgeordneten eine "supranationale" Haltung erwarten, halten 80 % eine Wahlbeteiligung für wichtig. Aber von den Personen, die sich für die "nationale" Antwort entscheiden, erachten 61 % eine Wahlbeteiligung ebenfalls für wichtig. Es besteht zwar eine spürbare Differenz, aber der sogenannte "Streit um die Supranationalität" kann keinen entscheidenden Einfluss auf die persönliche Einstellung für oder gegen die Wahl des Europäischen Parlaments ausüben. Dies wird auch deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass fast 80 % der Bevölkerung die Wahlen für notwendig halten, "um zu entscheiden, was für ein Europa wir in Zukunft haben wollen" (1).

(Siehe Tabelle Nr. 42).

(1) Siehe Seite 55 - 61.

Tabelle Nr. 42

DIE DER WAHLBETEILIGUNG BEIGEMESSENE BEDEUTUNG  
ENTSPRECHEND DER VON EINEM EUROPÄISCHEN ABGEORDNETEN ERWARTETEN HALTUNG  
(Gesamte Gemeinschaft)

	Berechnungs- grundlagen	Halten die Wahlbe- teiligung persöhn- lich für wichtig	Halten die Wahlbe- teiligung für nicht wichtig
Von 100 Personen, die die "supranationale" Antwort geben	4002	80%	12%
Von 100 Personen, die die "nationale" Antwort geben	4035	61	26
Von 100 Personen, die keine Antwort geben	1030	35	27

#### 4. DIE VORRANGIGEN THEMEN FÜR DEN WAHLKAMPF UND DIE VON DEN PARTEIEN ERWARTETE STRATEGIE

Bei der Fortsetzung der vorangegangenen Forschungsarbeiten über die Interessenschwerpunkte der Bevölkerung (1) schien der Versuch angebracht, einige Themen herauszustellen, die wahrscheinlich in den meisten Mitgliedstaaten im Laufe des Wahlkampfes für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments behandelt werden. Diese Arbeiten können nicht erschöpfend sein, sondern lediglich erste Hinweise liefern.

Andererseits ist es interessant, zu erfahren, ob die Bevölkerung erwartet, dass sich die politischen Parteien der gleichen Richtung auf europäischer Ebene zusammenschließen und gemeinsam Wahlkampf führen oder jede Partei ihren eigenen Wahlkampf führen sollte.

##### 1. Die vorrangigen Themen

"Hier sind verschiedene Themen, die Gegenstand einer öffentlichen Debatte zwischen den Kandidaten für das Europäische Parlament werden könnten. Welches Thema interessiert sie am meisten ? Und welches Thema interessiert sie in zweiter Linie ?

- . Die Frage, in welchem Masse die Länder der Europäischen Gemeinschaft dazu ermutigt werden sollten, die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme gemeinschaftlich zu behandeln.
- . Die Verstärkung der militärischen Verteidigungskräfte der Europäischen Gemeinschaft.
- . Die Einheit der Länder der Europäischen Gemeinschaft zu stärken angesichts der Supermächte wie Russland und Amerika.
- . Kampf gegen die Umweltverschmutzung und für den Schutz von Natur und Landschaft innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.
- . Inwieweit die Europäische Gemeinschaft eine bessere Kontrolle der Aktionen der multinationalen Konzerne ermöglicht."  
(Frage 44-45).

"Hier sind einige andere möglichen Themen für eine öffentliche Debatte zwischen den Kandidaten für das Europäische Parlament. Welches dieser Themen interessiert Sie am meisten ? und welches interessiert Sie in zweiter Linie ?

- . Wie kann in einem stärker vereinigten Europa unser Land die Grundzüge seiner Traditionen und Eigenheiten erhalten.
- . Wie können in einem Vereinigten Europa die Interessen der schwächeren Länder geschützt werden.
- . Welche Beziehungen sollte ein unabhängiges Europa zu den Vereinigten Staaten von Amerika beibehalten.
- . Wie können neue Länder in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen werden, ohne die Einheit der Gemeinschaft zu gefährden.
- . Wie können Gewinne und Lasten der Europäischen Gemeinschaft gerechter auf die Mitgliedsländer verteilt werden". (Frage 46-47)

---

(1) Vgl. insbesondere : J.R. RABIER, "L'information du public sur les problèmes européens". Brüssel, Dezember 1976.

Bei der Überprüfung der Antworten kann man zunächst eine aussergewöhnliche Übereinstimmung der Einstellung der Bevölkerung in den neun Ländern feststellen: Die Reihenfolge der Themen ist - vor allem in bezug auf die zuerst und zuletzt genannten Themen - ziemlich gleich, und die durchschnittliche Streuung zwischen den Prozentzahlen der einzelnen Themen beträgt nur 7 Punkte für die erste Themenliste und 11 Punkte für die zweite Themenliste. Damit werden frühere Ergebnisse bestätigt: Es gibt sehr wohl eine europäische öffentliche Meinung über die wichtigen Probleme.

Die Reihenfolge der Themen auf der 1. Liste sieht folgendermassen aus:

- Die gemeinsame Aktion zur Bewältigung der derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten (59% der Antwortenden), am häufigsten genannt im Vereinigten Königreich und in Italien;
- Der gemeinsame Kampf gegen die Umweltverschmutzung und für den Schutz von Natur und Landschaft (46%), am häufigsten genannt in Dänemark und in den Niederlanden;
- Die Stärkung der Gemeinschaft angesichts der Supermächte (34%), in diesem Sinne äussern sich insbesondere die Franzosen;
- Die Kontrolle der multinationalen Konzerne (22%), mit etwas höheren Punktzahlen in Dänemark und Irland;
- Schliesslich die Verstärkung der militärischen Verteidigungskräfte der Europäischen Gemeinschaft (nur 14%); dieser Frage wird jedoch in Deutschland und in Luxemburg etwas mehr Interesse entgegengebracht.

(Siehe Tabelle Nr. 43).

Bei den Themen der zweiten Liste sieht die Reihenfolge folgendermassen aus:

- Die gerechtere Verteilung der Gewinne und Lasten auf die Mitgliedsländer (52%), am häufigsten genannt im Vereinigten Königreich und in Irland;
- Die Wahrung der Traditionen und Eigenheiten der einzelnen Länder (42%), wobei die Punktzahlen im Vereinigten Königreich und in Irland eindeutig höher sind;
- Der Schutz der Interessen der schwächeren Länder (36%); dieses Thema findet naturgemäss in den kleineren Ländern (vor allem in Luxemburg, Irland und den Niederlanden), aber auch in Italien die stärkste Unterstützung;
- Die Aufnahme neuer Mitgliedsländer (21%); hierfür scheinen sich die Deutschen und die Niederländer etwas mehr zu interessieren;
- Schliesslich die Beziehungen eines unabhängigeren Europas zu den Vereinigten Staaten (21%); dieses Thema wird in Deutschland von 27% als vorrangig betrachtet (1).

(Siehe Tabelle Nr. 44)

---

(1) Siehe folgende Seite.

- (1) Die Tatsache, dass dieses Thema von den fünf Themen, die den Antwortenden zur Auswahl vorgelegt wurden, nur eine relativ geringe Priorität erhält, bedeutet offensichtlich nicht, dass sich die europäische Öffentlichkeit zu diesem Thema noch keine recht eingehende Meinung gebildet hat. Die Verteilung der Antworten auf eine im November 1976 gestellte Frage berechtigt zu dieser Feststellung:  
"Welche der beiden folgenden Meinungen über die Aussenpolitik Europas entspricht am ehesten Ihrer eignen Meinung?"

[illegible]

Tabelle Nr. 43

DIE VORRANGIGEN THEMEN FÜR DEN WAHLKAMPF (1)

(Erste Liste: erste und zweite Wahl zusammen)

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (2)
Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme gemeinschaftlich zu behandeln	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
	50	46	50	55	63	66	50	63	67	59
Den Kampf gegen die Umweltverschmutzung und den Schutz der Natur auszubauen	46	57	45	48	45	46	46	54	41	46
Die Gemeinschaft angesichts der Supermächte zu stärken	26	11	38	44	28	32	35	28	29	34
Eine besser Kontrolle der multinationalen Konzerne zu ermöglichen	27	31	16	23	34	24	18	25	24	22
Die militärische Verteidigungskraft zu verstärken	8	6	24	8	14	8	21	13	17	14

(1) Die Themen sind hier in der Reihenfolge der abnehmenden Häufigkeit der Antworten für die gesamte Gemeinschaft geordnet.

(2) Gewichtetes Mittel.

Tabelle Nr. 44

DIE VORRANGIGEN THEMEN FÜR DEN WAHLKAMPF (1)

(Zweite Liste: erste und zweite Wahl zusammen)

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (2)
Die Gewinne und Lasten gerechter auf die Mitgliedsländer zu verteilen	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
	36	41	49	49	69	48	43	45	69	52
Die Grundzüge der Traditionen und Eigenheiten der einzelnen Länder zu wahren	31	52	31	49	38	33	24	32	60	42
Die Interessen der schwächeren Länder zu schützen	42	38	29	30	54	55	55	49	26	36
Neue Länder in die EG aufnehmen ohne ihre Einheiten zu gefährden	22	9	30	20	16	20	24	27	13	21
Beziehungen eines unabhängigeren Europas zu den Vereinigten Staaten	19	6	27	24	10	15	22	24	14	21

(1) (2) siehe Anmerkungen nach Tabellen Nr. 43.

Diese Themen sind in allen Ländern ziemlich gleichmässig auf die gesamte Bevölkerung verteilt. Man kann höchstens folgende Abstufungen feststellen:

a) auf der ersten Liste:

- die gemeinsame Aktion zur Bewältigung der derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten (durchschnittlich 59 %) findet eine etwas grössere Zustimmung bei den Männern, den Personen im erwerbstätigen Alter (25 bis 39 Jahre) sowie den Personen mit einem hohen Bildungsniveau und einem hohen Einkommen;
- der Kampf gegen die Umweltverschmutzung und der Schutz der Natur (46 %) interessiert die Frauen etwas mehr, vor allem die jüngeren Frauen (15 bis 39 Jahre) sowie die Bewohner von Städten;
- die Stärkung der Gemeinschaft angesichts der Supermächte (34%) findet eher das Interesse der Meinungsführer; das gleiche gilt für die Kontrolle der multinationalen Konzerne (22 %).

b) Auf der zweiten Liste wirken sich weder das Geschlecht noch das Alter der befragten Personen spürbar auf die Themenwahl aus, aber abgesehen von der Zulassung neuer Mitgliedsländer spielt im allgemeinen der Meinungsführerindex eine entscheidende Rolle (1).

## 2. Die politischen Parteien und der Wahlkampf

"Sollten sich für diese Wahl Ihrer Ansicht nach die politischen Parteien der gleichen Richtung aus den verschiedenen Ländern zusammenschliessen und in allen Ländern einen gemeinsamen Wahlkampf führen - oder sollte jede Partei in ihrem Land Wahlkampf für sich führen?"  
(Frage 38). (2)

Etwas mehr als die Hälfte der befragten Personen sind der Ansicht, dass sich die politischen Parteien der gleichen Richtung zusammenschliessen und gemeinsam Wahlkampf führen sollten. Diese Meinung überwiegt in Italien (66%), Belgien (57%), Niederlande (54%), Frankreich (52%) und in Deutschland (47%). Nur die Iren, die Briten und die Dänen sprechen sich für einen Wahlkampf auf einzelstaatlicher Ebene aus.

(Siehe Tabelle Nr. 45).

Da es sich um eine politische Frage handelt, stehen die Antworten in starker Korrelation mit dem Meinungsführerindex:

- in allen Ländern, vor allem in Deutschland, den Niederlanden und in Belgien, sprechen sich die Meinungsführer häufiger als die Nicht-Meinungsführer dafür aus, dass sich die Parteien gleicher Richtung für einen gemeinsamen Wahlkampf zusammenschliessen;
- im Vereinigten Königreich und vor allem in Dänemark stimmen die Meinungsführer mehrheitlich und häufiger als die Nicht-Meinungsführer für einen Wahlkampf auf einzelstaatlicher Ebene;

- (1) Diese ersten Ergebnisse, die Gegenstand einer Mehrkriterienanalyse sein werden, sind hier nicht dargelegt.
- (2) Die Frage wurde bereits im November 1976 gestellt, jedoch nur den Meinungsführern.

- In Irland befürworten die Personen, deren Meinungsführerindex etwa dem Durchschnitt entspricht, das heisst die "breite Öffentlichkeit", eher einen Wahlkampf auf einzelstaatlicher Ebene, während die Minderheit mit dem höchsten Meinungsführerindex eindeutig einen europäischen Wahlkampf unterstützt;
- Vom November 1976 bis April-Mai 1977 hat sich eine entscheidende Änderung in der Einstellung der Meinungsführer (in Irland, Belgien, Dänemark und im Vereinigten Königreich) zugunsten eines europäischen Wahlkampfes vollzogen: Mit dem näherrückenden Termin sehen und beurteilen die Meinungsführer in diesen Ländern die Vorteile eines europäischen Wahlkampfes für die Wahl des Europäischen Parlaments positiver.

(Siehe Tabelle Nr. 46).

Tabelle Nr. 45

DIE STRATEGIE DER POLITISCHEN PARTEIEN FÜR DEN WAHLKAMPF

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (1)
Die politischen Parteien gleicher Richtung sollten sich zusammenschliessen und in allen Ländern einen gemeinsamen Wahlkampf führen	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
	57	23	47	52	44	66	49	54	38	51
Jede Partei sollte in ihrem Land Wahlkampf für sich führen	21	47	32	30	50	22	39	37	48	33
Keine Antwort	22	30	21	18	6	12	12	9	14	16
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

(1) Gewichtetes Mittel

Tabelle Nr. 46

DIE STRATEGIE DER POLITISCHEN PARTEIEN FÜR DEN WAHLKAMPF

NACH DEM MEINUNGSFÜHRERINDEX

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (1)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
<u>Die Parteien gleicher Richtung sollten sich zu einem gemeinsamen Wahlkampf zusammenschliessen</u>										
Nicht-Meinungsführer (--)	45	15	30	42	41	55	(33)	32	33	39
(-)	57	23	46	50	43	66	(53)	51	38	49
(+)	70	25	55	57	44	73	(50)	60	40	56
Meinungsführer (++)	73	34	63	60	59	70	(59)	61	43	60
<u>November 1976 (2)</u>										
Meinungsführer (++)	55	19	63	59	31	65	(46)	56	31	55
<u>Jede Partei sollte in ihrem Lande Wahlkampf für sich führen</u>										
Nicht-Meinungsführer (--)	19	37	28	27	45	20	(41)	42	44	30
(-)	27	46	36	32	52	22	(35)	42	49	36
(+)	19	55	31	30	54	21	(42)	33	51	34
Meinungsführer (++)	16	50	30	30	35	26	(38)	33	48	33
<u>November 1976</u>										
Meinungsführer (--)	36	51	28	29	59	25	(42)	40	60	35
<u>Keine Antwort</u>										
Nicht-Meinungsführer (--)	36	48	42	31	14	25	(26)	26	23	31
(-)	16	31	18	18	5	12	(12)	7	13	15
(+)	11	20	14	13	2	6	(8)	7	9	10
Meinungsführer (++)	11	16	7	10	6	4	(3)	6	9	7
<u>November 1976</u>										
Meinungsführer (++)	9	30	9	12	10	10	(12)	4	9	10

(1) Gewichtetes Mittel.

(2) Diese Frage wurde nur den Meinungsführern gestellt.



5. DIE VORAUSSICHTLICHE WAHLBETEILIGUNG  
DIE PRÄFERENZ FÜR EINE POLITISCHE GRUPPIERUNG  
DAS GEFÜHL, INFORMIERT bzw. NICHT AUSREICHEND  
INFORMIERT ZU SEIN

Im Hinblick auf den Wahlkampf für die Wahl des Europäischen Parlaments sind der Bevölkerung drei weitere Fragen gestellt worden. Die erste Frage beinhaltet keine besonderen Schwierigkeiten und wird weiterhin bis zum Wahltag sooft wie möglich gestellt werden: Sie betrifft nämlich die Absicht, sich an dieser Wahl zu beteiligen bzw. nicht zu beteiligen und ist im übrigen auch in den Ländern, wie Belgien und Luxemburg gestellt worden, wo Wahlpflicht besteht, allerdings mit einer zusätzlichen Formulierung.

Die zweite, offensichtlich etwas schwierigere Frage, wurde zu Sondierungszwecken gestellt. Jede der befragten Personen sollte ihre politische Präferenz durch die Auswahl einer Karte zum Ausdruck bringen, die einer der im gegenwärtigen Europäischen Parlament vertretenen sechs politischen Gruppierungen entspricht; danach sollte eine zweite Karte ausgewählt werden, um eine mögliche alternative Gruppierung anzugeben und schliesslich aus den übrig gebliebenen Karten die Gruppierung ausgesondert werden, die auf keinen Fall gewählt würde. (1).

Die dritte Frage zum Abschluss des Interviews sollte darüber Aufschluss geben, ob die befragten Personen der Ansicht sind, dass sie über die Wahl des Europäischen Parlaments ausreichend oder nichtausreichend informiert werden.

1. Die Bereitschaft an der Wahl teilzunehmen

"Die Wahlen zum Europäischen Parlament sind für das Frühjahr 1978 vorgesehen. Werden sie ganz bestimmt - wahrscheinlich - wahrscheinlich nicht - oder bestimmt nicht Ihre Stimme bei dieser Wahl abgeben?"(2) (Frage 37)

In der Gemeinschaft als Ganzes erklären durchschnittlich etwas weniger als die Hälfte der befragten Personen (47%), dass sie "bestimmt" an der Wahl teilnehmen werden und etwas mehr als ein Viertel, dass sie "wahrscheinlich" wählen werden. Die Zahl der Personen, die bestimmt zur Wahl gehen werden, ist am höchsten in Italien (64%) und in den Niederlanden (60%); danach folgen Irland (52%), Frankreich (51%), das Vereinigte Königreich (47%), Luxemburg (44%), Dänemark (42%) und schliesslich Belgien (37%) und Deutschland (28%).

Eine Interpretation dieser Zahlen erweist sich als schwierig; zunächst handelt es sich hier um eine Absicht und nicht um eine Entscheidung; ausserdem umfasst der repräsentative Bevölkerungsquerschnitt der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und darüber auch einen kleinen Teil der Bevölkerung (6,5%), die das Wahlalter noch nicht erreicht haben; schliesslich müsste man zu den "bestimmten" Wahlabsichten auch noch einen Teil "wahrscheinlicher" Wahlabsichten hinzuzählen.

(1) Auf jeder der sechs Karten wurde neben dem Namen der Gruppe auch die Bezeichnung der einzelstaatlichen Parteien erwähnt, die derzeit darin vertreten sind.

(2) In Belgien und in Luxemburg "... selbst wenn keine Wahlpflicht bestünde..."

Da man nicht weiss, welcher Wert den anderen Antworten als "bestimmt" beigemessen werden kann, müssen wir diese als ein wahrscheinliches Minimum betrachten. Derzeit würde sich also etwa die Hälfte der Wählerschaft voraussichtlich an den Wahlen zum Europäischen Parlament beteiligen.

(Siehe Tabelle Nr. 47)

Auch wenn diese Ergebnisse - selbst mit den oben vorgeschlagenen Berichtigungen - nur einen Annäherungswert haben, so zeigen sie doch eine gewisse Tendenz auf. Ausserdem entsprechen die zwischen den verschiedenen sozio-demographischen Gruppen festgestellten Unterschiede dem tatsächlichen Verhalten der Wählerschaft bei den einzelstaatlichen Wahlen.

So erklären die Männer etwas häufiger als die Frauen, dass sie bestimmt ihre Stimme abgeben werden; die Jugendlichen beiderlei Geschlechts (15 bis 24 Jahre) und die älteren Frauen (55 Jahre und darüber) neigen häufiger zur Stimmenenthaltung. Aber vor allem der Meinungsführerindex erweist sich erneut als wichtiger Faktor: Die voraussichtliche Wahlbeteiligung steigt von fünf von zehn Personen unter dem Nichtmeinungsführer auf acht von zehn Personen unter den Meinungsführern.

(Siehe Tabelle Nr. 48).

Andererseits erklären die Befürworter der Wahlen häufiger, dass sie bestimmt ihre Stimme abgeben werden.

(Siehe Tabelle Nr. 49).

Tabelle Nr. 47

DIE BEREITSCHAFT, AN DER WAHL TEILZUNEHMEN

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (1)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Bestimmt	37	42	28	51	52	64	44	60	47	47
Wahrscheinlich	21	18	36	26	26	20	35	22	26	27
Wahrscheinlich nicht	11	7	11	5	7	5	8	5	11	8
Bestimmt nicht	19	12	7	5	8	5	3	5	10	7
Je nachdem	6	9	4	6	3	3	7	5	3	4
Keine Antwort	6	12	14	7	4	3	3	3	3	7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

(1) Gewichtetes Mittel.

Tabelle Nr. 48

DIE BEREITSCHAFT, AN DER WAHL TEILZUNEHMEN  
NACH GESCHLECHT, ALTER UND MEINUNGSFUHRERINDEX  
 (Gesamte Gemeinschaft)

	werden wählen		werden nicht wählen		Keine Antwort	Ins-gesamt
	bestimmt	wahr-schein-lich	wahr-schein-lich	bestimmt		
Insgesamt	47%	27%	8%	7%	11%	100%
<u>Männer</u>	52	25	8	7	8	100
davon: 15-24 Jahre	38	28	11	13	10	100
25-39	53	27	6	5	9	100
40-54	56	23	7	6	8	100
55 u. darüber	55	22	8	6	9	100
<u>Frauen</u>	43	28	8	7	14	100
davon: 15-24 Jahre	34	27	10	15	14	100
25-39	46	29	7	6	12	100
40-54	49	29	7	4	11	100
55 u. darüber	39	26	10	8	17	100
<u>Meinungsführerindex</u>						
Nichtmeinungsführer (--)	32	25	11	12	20	100
(-)	44	30	9	6	11	100
(+)	53	27	6	6	8	100
Meinungsführer (++)	66	18	5	5	6	100

Tabelle Nr. 49

DIE BEREITSCHAFT, AN DER WAHL TEILZUNEHMEN  
ENTSPRECHEND DER EINSTELLUNG ZUR WAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS  
 (Gesamte Gemeinschaft)

	werden wählen		werden nicht wählen		Keine Antwort	Ins-gesamt
	bestimmt	wahr-schein-lich	wahr-schein-lich	bestimmt		
Insgesamt	47%	27%	8%	7%	11%	100%
Völlig für die Wahl	77	16	2	3	2	100
Im grossen und ganzen dafür	40	41	6	4	9	100
Im grossen und ganzen dagegen	21	23	27	14	15	100
Völlig dagegen	24	10	14	38	14	100

## 2. Die Präferenz für eine politische Gruppierung

"Im gegenseitigen Europäischen Parlament haben sich die Abgeordneten der verschiedenen Länder- darunter auch die ihres Landes - in sechs politischen Gruppen zusammengefunden. Jede dieser Gruppe setzt sich aus Abgeordneten der verschiedenen Länder zusammen, die ähnliche politische Vorstellungen haben. Hier sind sechs Karten. Jede dieser Karten zeigt eine dieser Gruppen. Auf jeder dieser Karten stehen jeweils alle Parteien in allen Ländern, die dieser speziellen Gruppierung angehören.

(KARTE MISCHEN, VORLEGEN UND IN RUHE ANSCHAUEN LASSEN).

Würden sie nun bitte die Karte der politischen Gruppierung aus-  
suchen, der sie persönlich am ehesten zuneigen? (NUR EINE ANTWORT)

Befragte, die eine Karte ausgesucht haben: Angenommen die Parteien,  
die diese politische Gruppierung bilden würden in ihrem Land keine  
Kandidaten aufstellen: Welche andere Gruppe würden sie dann wählen?  
(NUR EINE ANTWORT)

AN ALLE: Gibt es unter den jetzt übrig gebliebenen Gruppierungen  
eine, die sie auf keinen Fall wählen würden? Welche ist das?  
(NUR EINE ANTWORT) (Fragen 39-41).

Bei diesen Ergebnissen ist noch mehr als bei den vorhergehenden Vorsicht geboten. Die Öffentlichkeit ist mit den Namen und der Zusammensetzung der gegenwärtig im Europäischen Parlament vertretenen Gruppen sicherlich wenig vertut; ausserdem mussten vielleicht einige der befragten Personen feststellen, dass auf den ihnen vorgelegten Karten die nationale (oder regionale) Partei nicht aufgeführt war, für die sie gewöhnlich bei einer Wahl auf nationaler Ebene ihre Stimme abgaben bzw. abgeben würden. Dennoch ist diese Frage trotz der befürchteten Schwierigkeiten anscheinend positiv aufgenommen worden, da neun von zehn Personen durchschnittlich auf die beiden ersten Fragen und acht von zehn Personen auf die dritte Frage geantwortet haben.

Den eingegangenen Antworten zur Folge sieht die Verteilung auf die einzelnen Gruppierungen - die man unverzüglich mit der Stimmenverteilung bei den letzten Parlamentswahlen in den einzelnen Ländern vergleichen kann - derzeit folgendermassen aus:

	Stimmenverteilung (April-Mai 1977)	Stimmenverteilung bei den letzten Parlaments- wahlen (1)
Kommunisten und nahestehende (2)	9%	12%
Sozialisten	33	31
Liberalen und Demokraten (4)	14	11
Christliche Demokraten	23	26
Europäische Demokraten für den Fortschritt	5	5
Konservative (6) (5)	10	8
Andere Parteien	6	7
Insgesamt (von 100 abgegebenen Stimmen)	100	100

(1) Gewichtetes Mittel des Stimmenanteils von 100 abgegebenen Stimmen bei den jüngsten Parlamentswahlen.

(2) Einschliesslich der Socialistisk Folkeparti in Dänemark.

(3) Einschliesslich der Mouvement des Radicaux de Gauche in Frankreich und der Republikanischen Partei.

(4) Einschliesslich der Républicains (Indépendants) und Réformateurs (Parti Radical) in Frankreich.

(5) Fremskridtspartiet (Fortschrittspartei in Dänemark, Fianna Fail in Irland und Rassemblement pour la République (Gaullisten) in Frankreich.

(6) Einschliesslich der Centrumsdemokraterne in Dänemark.

Wie man sieht, kommt die im April-Mai 1977 erhaltene Verteilung für die Gemeinschaft als Ganzes der bei den jüngsten Wahlen beobachteten Verteilung sehr nahe.

In der Tabelle 50 ist der durchschnittliche prozentuale Anteil der einzelnen Gruppierungen in den einzelnen Ländern bezogen auf 100 befragte Personen aufgeführt. In der Tabelle Nr. 51 werden die gleichen Ergebnisse bezogen auf 100 Personen, die geantwortet haben, d.h. eine politische Gruppierung oder keine dieser Gruppierungen ausgewählt haben (Nichtbeantwortungen und "weiss nicht" ausgenommen) wiedergegeben.

(Diese letztere Tabelle ist als Masstab zu betrachten. Insgesamt gesehen scheint sie jedoch mit den jüngsten Wahlergebnissen weitgehend übereinzustimmen. Und wenn gewisse Abweichungen auftreten, so kann man derzeit nicht sagen, ob diese auf das eigentliche Verfahren einer Stichprobenerhebung oder einer Entwicklung in der Einstellung der Wählerschaft seit jüngsten Wahlen oder eine andere Entscheidung des Wählers bei einer Europäischen Wahl zurückzuführen sind. Diese Probleme werden nach der erneuten Stellung dieser Frage bei den kommenden Umfragen eingehender untersucht werden.)

Tabelle Nr. 50

DIE WAHL EINER POLITISCHEN GRUPPIERUNG

UNTER DEN IM GEGENWÄRTIGEN EUROPÄISCHEN PARLAMENT VERTRETENEN GRUPPEN  
(erste Antwort, bezogen auf 100 befragte Personen)

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (1)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Kommunisten und Nahestehende	2	8	1	10	1	23	1	2	1	8
Sozialisten	22	34	27	33	11	21	28	35	27	27
Liberales und Demokraten	9	18	12	14	6	4	18	17	14	11
Christliche Demokraten	33	2	35	7	26	28	26	30	3	20
Europäische Demokraten für den Fortschritt	3	5	3	10	24	3	1	4	2	5
Europäische Konservative	1	6	1	3	3	2	2	1	32	8
Keine dieser Gruppen	3	5	3	4	10	6	4	3	5	5
Keine Antwort	7	4	2	6	2	6	5	3	2	4
Weiss nicht	20	18	16	13	17	7	15	5	14	12
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Berechnungsgrundlage	988	1010	1005	1256	1008	1025	302	1033	1414	9067

(1) Gewichtetes Mittel.

Tabelle Nr. 51

DIE WAHL EINER POLITISCHEN GRUPPIERUNG  
UNTER DEN GEGENWÄRTIG IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT VERTRETENEN GRUPPEN  
(Erste Antwort: von 100 Personen, die sich äussern)

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (1)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Kommunisten u. Nahestehende	3	10	2	12	1	26	( 1 )	2	1	9
Sozialisten	31	43	33	41	14	24	(34)	38	32	33
Liberales und Demokraten	12	23	14	18	7	5	(23)	19	17	14
Christliche Demokraten	45	2	41	8	32	32	(32)	32	4	23
Europäische Demokraten für den Fortschritt	5	7	4	12	30	3	( 2 )	4	2	5
Europäische Konservative	1	8	2	3	4	2	( 3 )	1	38	10
Keine von diesen	3	7	4	6	12	8	( 5 )	4	6	6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Berechnungsgrundlage	723	787	830	1024	818	892	243	950	1197	7597

(1) Gewichtetes Mittel

Die Verteilung der politischen Präferenzen auf die verschiedenen sozialen Gruppen bringt keine Überraschungen, da bereits auf einzelstaatlicher Ebene Untersuchungen zur Soziologie der Wählerschaft durchgeführt worden sind. Da die Verteilung der Präferenzen zwischen den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ist, wäre eine diesbezügliche Analyse für die Gemeinschaft als Ganzes irreführend (1).

Es ist jedoch interessant, die mögliche Beziehung zwischen der Präferenz für eine politische Gruppierung und der Einstellung zur Wahl des Europäischen Parlaments kurz zu untersuchen, aber diese Beziehung ist nicht signifikant.

(Siehe Tabelle Nr. 52).

(1) Später werden Analysen für die einzelnen politischen Gruppen und die einzelnen Länder durchgeführt.

Tabelle Nr. 52  
DIE EINSTELLUNG ZUR WAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS  
ENTSPRECHEND DER PRÄFERENZ FÜR EINE POLITISCHE GRUPPIERUNG  
(Gesamte Gemeinschaft)

	Für die Wahl	Gegen die Wahl	Keine Antwort	Insge- samt	Berech- nungs- grundlage
Insgesamt	72%	13%	15%	100%	9067
Kommunisten und Nahestehende	71	21	8	100	700
Sozialisten	76	13	11	100	2471
Liberalen und Demokraten	80	11	9	100	1043
Christliche Demokraten	78	7	15	100	1772
Europäische Demokraten für den Fortschritt	81	10	9	100	414
Europäische Konservative	78	17	5	100	773

\*

\*      \*

Die Antwort auf den zweiten Teil der Frage soll ermitteln, für welche Gruppierung sich der Wähler in zweiter Linie entscheiden würde, falls die in erster Linie gewählte Gruppe keine Kandidaten aufstellen würde. Hiermit soll versucht werden, eventuelle Übereinstimmungen zwischen den Wählern der einzelnen Gruppierungen offenzulegen.

Als erstes muss man feststellen, dass in unserer Hypothese die Unentschiedenheit der Wähler entsprechend der politischen Tendenz gewisse Schwankungen aufweist.

Fast drei von zehn Wählern, die sich für die Sozialisten, Christlichen, Demokraten oder Konservativen entschieden haben, können nicht sagen, für welche Gruppe sie sich "an zweiter Stelle" entscheiden würden.

Die Überwiegende Mehrheit der kommunistischen Wähler erklärt, dass sie ihre Stimmen den Sozialisten geben würde. Dies gilt aber nicht umgekehrt. Die sozialistischen Wähler würden eher für die Liberalen als die Kommunisten stimmen; nur die italienischen und französischen Sozialisten bilden eine Ausnahme: In Frankreich würden 37 % der sozialistischen Stimmen den Kommunisten und 19 % den Liberalen zufallen, während in Italien 29 % dieser Stimmen den Kommunisten und 23 % den Christlichen Demokraten zuzugingen.

Die liberalen Wähler scheinen den christlichen Demokraten am nächsten zu stehen, aber eine starke Minderheit würde ihre Stimmen den Sozialisten oder den europäischen Demokraten für den Fortschritt geben.

Das gleiche gilt auch für die christlich-demokratischen Wähler: Eine Stimmenverlagerung käme Überwiegend den Liberalen zugute, ein geringerer Teil den Demokraten für den Fortschritt, den Sozialisten und den Konservativen.

\* \*



Der dritte Teil der Frage bezog sich auf die politischen Präferenzen der europäischen Wählerschaft und lautete wie folgt: "Gibt es eine Gruppierung, die Sie auf keinen Fall wählen würden?" Die Antwort ist klar: Als einzige Gruppierung werden die Kommunisten in allen Ländern weitgehend abgelehnt. Durchschnittlich lehnt eine von zwei Personen diese Gruppierung ab: im Vereinigten Königreich, in den Niederlanden, in Irland und Deutschland sind dies etwa 6 von 10 Personen, in Frankreich und Italien nur 38 bzw. 35%.

(Siehe Tabelle Nr. 54).

Eine Analyse der negativen Antworten entsprechend der an erster Stelle genannten Präferenz zeigt, dass die Kommunisten von drei Vierteln der Christlichen Demokraten, der Konservativen und der Liberalen sowie von zwei Dritteln der Europäischen Demokraten für den Fortschritt und vier von zehn Sozialisten abgelehnt werden (1).

(Siehe Tabelle Nr. 55).

(1) Nur ein Viertel der französischen und italienischen Sozialisten würden keinesfalls die Kommunisten wählen.

Tabelle Nr. 54

DIE ABLEHNUNG EINER POLITISCHEN GRUPPIERUNG

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK	EG (1)
Würden keinesfalls eine der folgenden Gruppierungen wählen:	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Kommunisten und Nahestehende	44	33	58	38	61	35	48	61	64	49
Sozialisten	3	2	2	.	3	2	2	4	3	2
Liberales und Demokraten	6	1	1	5	1	7	2	8	1	4
Christliche Demokraten	4	2	7	7	2	12	7	4	2	6
Europäische Demokraten für den Fortschritt	1	19	1	7	2	1	2	1	1	3
Europäische Konservative	3	4	4	10	4	16	2	4	5	8
Keine von diesen oder keine Antwort	39	39	27	33	27	27	37	18	24	28
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

(1) Gewichtetes Mittel.

Tabelle Nr. 55

DIE ABLEHNUNG EINER POLITISCHEN GRUPPIERUNG ENTSPRECHEND

DER AN ERSTER STELLE GENANNTEN POLITISCHEN PRÄFERENZ

(Gesamte Gemeinschaft)

Mit Sicherheit nicht gewählte Gruppierung								
	Kommunisten und Nahestehende	Sozialisten	Liberales und Demokraten	Christliche Demokraten	Europäische Demokraten für den Fortschritt	Europäische Konservative	Keine Antwort	Insgesamt
Berechnungs- grundlage								
<u>Erste Wahl:</u>								
Kommunisten und Nahestehende	x	3%	13%	30%	7%	30%	17%	100%
Sozialisten	43	x	7	10	6	14	20	100
Liberales und Demokraten	75	3	x	4	2	5	11	100
Christliche Demokraten	77	3	2	x	1	3	14	100
Europäische Demokraten für den Fortschritt	66	2	4	8	x	5	15	100
Europäische Konservative	76	6	2	1	1	x	14	100

3. Das Gefühl ausreichend bzw. nicht ausreichend informiert zu sein

"Meinen Sie, dass die Leute wie Sie selbst durch Zeitungen, Radio und Fernsehen über das Europäische Parlament und die bevorstehende Wahl seiner Mitglieder ausreichende - oder nicht ausreichende Informationen erhalten?"  
(Frage 48).

Mehr als eine von zwei Personen (55%) in der gesamten Gemeinschaft ist der Ansicht, dass sie keine ausreichenden Informationen über die Wahl des Europäischen Parlaments erhält. Fast zwei Drittel der Italiener und der Briten äussern sich in diesem Sinne.

(Siehe Tabelle Nr. 56).

Am häufigsten erklären die Personen mit einem hohen Bildungsniveau und die Meinungsführer, dass sie nicht ausreichend informiert werden.

(Siehe Tabelle Nr. 57).

Tabelle Nr. 56

DAS GEFÜHL, ÜBER DIE WAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS  
AUSREICHENDE BZW. NICHT AUSREICHENDE INFORMATIONEN ZU ERHALTEN

	B	DK	D	F	IRL	I	L	NL	VK.	EG (1)
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Ja, ausreichend	44	33	34	37	48	22	54	41	29	32
Nein, nicht ausreichend	41	51	47	52	44	65	38	49	64	55
Zu viel	1	2	1	3	3	2	2	2	2	2
Keine Antwort	14	14	18	8	5	11	6	8	5	11
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

(1) Gewichtetes Mittel.

Tabelle Nr. 57

DAS GEFÜHL, ÜBER DIE WAHL DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS  
AUSREICHENDE BZW. NICHT AUSREICHENDE INFORMATIONEN ZU ERHALTEN  
ENTSPRECHEND DEM BILDUNGSNIVEAU UND DEM MEINUNGSFÜHRERINDEX

(Gesamte Gemeinschaft)

	Bildungsniveau			Meinungsführerindex			
	Nie- driges	Durch- schnitt liches	Hohes	Nicht- meinungs- führer (--)	(-)	(+)	Meinungs- führer (++)
	%	%	%	%	%	%	%
Ja, ausreichend	32	32	31	30	31	34	31
Nein, nicht ausreichend	53	57	61	46	57	57	63
Zu viel	2	2	1	2	2	2	1
Keine Antwort	13	9	7	22	10	7	5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Wenn der vorgesehene Zeitplan eingehalten wird, werden die "Europäer" zum ersten Mal als solche in weniger als zwölf Monaten ihre Vertreter im Europäischen Parlament nach allgemeinem Wahlrecht wählen. Unter diesem Aspekt wurde die Erhebung im Rahmen des Euro-Barometer im Frühjahr 1977 konzipiert. Neben den herkömmlichen Fragen, die seit 1973 immer wieder gestellt wurden und somit ermöglicht haben, die Meinungen, Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung in unseren neun Ländern zu erfassen und zu vergleichen, soll durch einen besonderen Fragebogen zum ersten Mal versucht werden, die staatlichen Behörden, die politischen Organisationen und die Bürger über eine Reihe von Themen aufzuklären, die noch nie so eingehend untersucht und miteinander verglichen worden sind.

Die Bedeutung der vorliegenden Ergebnisse und Analysen übersteigt sogar den eigentlichen Gegenstand dieser Erhebung. Sie liefern einen wichtigen Beitrag zur Untersuchung der sozio-politischen Phänomene in den einzelnen Ländern, denn man kann keine genauen Kenntnisse über das, was in einem Land "vorgeht" und "was die Leute denken" haben, ohne die Lage und die Entwicklung dieses Landes mit denen anderer Länder zu vergleichen. Dies gilt für allem für ein Land, das dem gleichen Kulturkreis angehört und an einem gemeinsamen politischen Vorhaben beteiligt ist.

In Kürze nun einige Ergebnisse dieser Erhebung:

### 1. Das Gefühl der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit

Die Bevölkerung in den kleinen Ländern der Gemeinschaft zeigt eine grössere Zufriedenheit mit den allgemeinen Lebensbedingungen: dieses Gefühl hat sich seit 1973, dem Zeitpunkt des Beginns dieser Vergleichenden Erhebungen, nicht verändert. (S. 1-4)

In Frankreich und vor allem in Italien sind weitaus mehr Menschen "mit dem Leben, das sie führen" unzufrieden als in den sieben anderen Ländern. Die Unterschiede treten bei den Fragen über die "Gesellschaftsform", in der wir leben" oder "der Funktionsweise der Demokratie" noch stärker hervor. Die Meinungsführer, d.h. die kleine Minderheit, die häufig politische Fragen diskutiert und versucht, andere zu beeinflussen, sind unzufriedener als die übrige Bevölkerung. (S. 5-10)

Bei der Konfrontation mit drei absichtlich provozierend formulierten Antwortmöglichkeiten: Revolution, stufenweise Reformen, mutige Verteidigung der bestehenden Gesellschaft gegen umstürzlerische Kräfte, zeigt sich in Frankreich und Italien, vor allem unter den Meinungsführern, eine zahlenmässig schwache, aber wachsende revolutionäre Minderheit; in Deutschland, den Niederlanden und Italien hat sich eine weitreichende Tendenz zur Verteidigung der bestehenden Gesellschaft herausgebildet; die "Reformisten", die in gewisser Weise zwischen den beiden anderen Tendenzen stehen, verlieren immer mehr ihre sichere Mehrheit. Dieser "Konsens-Indikator" würde eine eingehendere Untersuchung verdienen, die nicht nur die zum Ausdruck gebrachten Meinungen, sondern auch die Beweggründe und die ihnen zugrunde liegenden Wertesysteme erfassen sollte. (S. 11-18)

### 2. Die Einstellungen zur Europäischen Gemeinschaft und zur Bewegung zur Einigung Europas.

Die Gemeinschaft, die der breiten Öffentlichkeit mehr als "Gemeinsamer Markt" bekannt ist, wird trotz allem von mindestens 6 von 10 Personen in sieben der neun Länder eher für eine "gute Sache" angesehen. In Deutschland ist zwar weiterhin eine gewisse Ernüchterung festzustellen, die jedoch nicht zuzunehmen scheint. Im Vereinigten Königreich hat die negative Einstellung, die im Herbst 1973 in der breiten Öffentlichkeit

vorherrschte und 1975 zurückging, erneut einige Punkte gewonnen. In Dänemark antworten neun von 10 befragten Personen auf diese Frage, wobei sich die positiven, negativen und unentschlossenen Antworten die Waage halten. Die Zahl der Meinungsführer, die die Gemeinschaft befürworten, ist durchschnittlich anderthalbmal grösser als die der Nicht-Meinungsführer. (S. 19-24)

Die Öffentlichkeit ist ausserdem geteilter Ansicht über das allgemeine Problem der europäischen Einigungsbewegung -sollte sie beschleunigt, verlangsamt oder so weiter geführt werden wie jetzt? In Italien und Luxemburg, und sogar in Frankreich und Deutschland ist die Mehrheit für eine "Beschleunigung"; in den anderen Ländern, vor allem im Vereinigten Königreich und in Dänemark, wo 2 oder 3 von 10 Personen eine "Verlangsamung" vorziehen würden, spricht sich die Mehrheit für eine "Weiterführung wie jetzt" aus. In allen Ländern setzen sich die Meinungsführer stärker für eine Beschleunigung ein als die übrige Öffentlichkeit. (S. 25-28)

### 3. Die Einstellung zum Parlament im eigenen Land

Die wichtige Rolle des eigenen Parlaments und die Bestrebungen zur Verstärkung dieser Rolle zählen zu den gemeinsamen Merkmalen aller neun Länder. Es gibt jedoch einige Abstufungen: drei Länder, nämlich Dänemark, das Vereinigte Königreich und Irland, messen ihrem Parlament sehr grosse Bedeutung bei; Frankreich und Italien kommen an letzter Stelle, aber fast 6 von 10 befragten Personen halten jedoch diese Rolle für wichtig bzw. sehr wichtig. Seltsamerweise kommt der Wunsch nach einer verstärkten Rolle des Parlaments am häufigsten in Italien und in Irland zum Ausdruck.

Es besteht ausserdem eine Beziehung zwischen dem Führungsindex und dem Wunsch nach einer wichtigeren Rolle des nationalen Parlaments.

Auch hinsichtlich der wichtigsten Aufgaben dieses Parlaments bestehen in den einzelnen Ländern etwas unterschiedliche Vorstellungen:

- die Verwendung der öffentlichen Gelder zu kontrollieren (Irland, Vereinigtes Königreich, Dänemark),
- Gesetze vorzuschlagen, zu diskutieren und zu verabschieden (Frankreich, Luxemburg),
- über wichtige Probleme zu debattieren (Italien),
- die Regierung zu überwachen und sie zu unterstützen oder ihr zu widersprechen (Deutschland)
- Skandale und Missstände zu untersuchen (Italien).

Man gewinnt den Eindruck, dass es in der Öffentlichkeit zwei Vorstellungen über die Aufgaben des Parlaments gibt: nämlich eine mehr "populäre" Vorstellung (Kontrolle über die öffentlichen Gelder, Untersuchung von Skandalen und Missständen) und eine mehr "kultivierte" Vorstellung (Schaffung von Gesetzen, Überwachung der Regierung).

Desgleichen sieht die breite Öffentlichkeit die Aufgabe der Abgeordneten eher darin, den Wählern bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen, während die Meinungsführer die Mitwirkung an der politischen Orientierung des Landes hervorheben. (S. 29-37)

### 4. Die Einstellung zur Wahl des Europäischen Parlaments

Zunächst muss man festhalten, dass über die Hälfte der befragten Personen nicht sagen können, ob sie in letzter Zeit irgend etwas über das Europäische Parlament gelesen oder gehört haben; etwa die Hälfte der Personen, die etwas davon erfahren haben, kann spontan erklären, dass es sich dabei um die Wahl zu Europäischen Parlament handelte. Das Informationsniveau ist also sehr niedrig.

Durchschnittlich halten nur etwas weniger als vier von zehn Personen die Rolle des Europäischen Parlaments für sehr wichtig bzw. wichtig. Während die dem eigenen Parlament zugeschriebene Bedeutung mit dem Führungsindex wächst, erachten die Meinungsführer relativ häufiger als die übrige Öffentlichkeit die derzeitige Rolle des Europäischen Parlaments für nicht wichtig.

Trotz der unzureichenden Unterrichtung der Öffentlichkeit und des geringen Rückhalts des Organs in der Öffentlichen Meinung, nimmt die positive Einstellung zur Wahl des Europäischen Parlaments mit dem näherrückenden Termin und der beginnenden Debatte weiter zu. Dabei liegen Luxemburg, die Niederlande und Italien an der Spitze; am ungünstigsten ist die Lage in Dänemark, aber 44% der Dänen sind grundsätzlich dafür und nur 27% dagegen, d.h. bei einem Referendum ergäbe sich eine Mehrheit von rund 62%.

Im Vergleich zu 1973 hat die positive Einstellung vor allem im Vereinigten Königreich, in Irland, in Frankreich und in den Niederlanden zugenommen. Nicht zugenommen hat sie in Deutschland -einzige Ausnahme-, wo jedoch 69% "dafür" sind.

In allen Ländern sprechen sich die Meinungsführer sehr viel häufiger für die Wahl aus. (S. 38-54)

Der befragten Öffentlichkeit wurden zwei positive und zwei negative Argumente vorgelegt. Die Antworten zeigen, dass die Personen, die einer Beteiligung an der Wahl zum Europäischen Parlament Bedeutung beimessen, weitaus mehr an dem möglichen Einfluss dieser Wahl auf die Zukunft des "europäischen Aufbaus" als an einer besseren Kontrolle der "Funktionäre in Brüssel" interessiert sind. Andererseits wird deutlich, dass diejenigen Personen, die eine Wahlbeteiligung nicht für wichtig erachten, diesen Schritt eher für unnötig halten als die Befürchtung haben, ein gewähltes Europäisches Parlament könne die Befugnisse des eigenen Parlaments schmälern.

In Bezug auf die Frage, welche Haltung die europäischen Abgeordneten einnehmen sollten, wenn sie zwischen dem Interesse der Gemeinschaft als Ganzes und dem augenblicklichen Interesse ihres Landes wählen müssten, ist eine Spaltung der Öffentlichkeit in zwei etwa gleich grosse Lager festzustellen; in den sechs Gründstaaten liegt das Interesse der Gemeinschaft insgesamt leicht vorne, während im Vereinigten Königreich, in Dänemark und in Irland das augenblickliche nationale Interesse im Vordergrund steht. Nur in den Niederlanden entscheidet sich eine starke Mehrheit für die "gemeinschaftliche" Lösung. (S. 55-65)

##### 5. Die vorrangigen Themen für den Wahlkampf und die Strategie der politischen Parteien

In Bezug auf die Themen, die beim Wahlkampf einer öffentlichen Debatte unterzogen werden sollen, werden diejenigen Themen, die sich auf die derzeitige wirtschaftliche Lage, den Kampf gegen die Umweltverschmutzung und die Verstärkung der Gemeinschaft gegenüber den Supermächten beziehen, vor der Kontrolle über die multinationalen Konzerne und der Verstärkung der militärischen Verteidigungskräfte Europas genannt (erste Liste). Desgleichen wird der Suche nach einer gerechteren Verteilung der Gewinne und Lasten auf die Mitgliedsländer, der Wahrung der Traditionen und Eigenheiten der einzelnen Länder, dem Schutz der Interessen der schwächeren Länder gegenüber dem Problem der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten und der Errichtung unabhängiger Beziehungen mit den Vereinigten Staaten Vorrang eingeräumt (zweite Liste).

Der hervorstechendste Eindruck ist jedoch eine bemerkenswerte

Übereinstimmung der öffentlichen Meinung in Europa. Die Reihenfolge der vorrangigen Themen sieht überall etwa gleich aus.

In Bezug auf die erwartete Strategie der politische Parteien sprechen sich die sechs Gründerstaaten dafür aus, dass die Parteien gleicher Richtung sich zusammenschliessen und in den neun Mitgliedstaaten den Wahlkampf gemeinsam führen sollten. Dagegen herrscht in den drei neuen Mitgliedstaaten die Meinung vor, dass jede Partei ihren eigenen Wahlkampf führen sollte. Allgemein lässt sich sagen, dass die Meinungsführer einen europäischen Wahlkampf stärker unterstützen als die Nicht-Meinungsführer; In einigen Ländern jedoch, vor allem in Dänemark, sprechen sich die Meinungsführer überwiegend für einen getrennten Wahlkampf aus. (S. 66-72)

#### 6. Voraussichtliche Wahlbeteiligung und das Gefühl, unterrichtet bzw. nicht ausreichend unterrichtet zu sein

In der breiten Öffentlichkeit sind einerseits ein niedriges Informationsniveau und geringes Engagement und andererseits eine positive Einstellung zum Grundsätzlichen der Direktwahl des Europäischen Parlaments festzustellen; wie werden sich wohl diese beiden Variablen auf die voraussichtliche Wahlbeteiligung im kommenden Jahr auswirken?

Es handelt sich hier keineswegs um Prognosen, sondern um gewisse Anzeichen und erste Indikatoren. In der Gemeinschaft als Ganzes erklären gegenwärtig etwas weniger als die Hälfte der befragten Personen, dass sie bestimmt wählen werden.

Man kann diesen Personenkreis als ein Minimum betrachten, der sich wahrscheinlich während des Wahlkampfes erweitern wird; hinzu kommen noch etwa weitere 25% der Bevölkerung, die erklären, dass sie "wahrscheinlich" zur Wahl gehen. Diese Indikatoren einer voraussichtlichen Beteiligung müssen auf jeden Fall aufmerksam beobachtet werden. Die Jugendlichen beiderlei Geschlechts, die älteren Frauen und die politisch wenig engagierten Personen zeigen die stärkste Tendenz, an der Wahl nicht teilzunehmen. Die Aktionen zur Sensibilisierung und Information sollten sich also insbesondere auf diese Gruppen konzentrieren.

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist der Ansicht, dass sie durch Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen unzureichend über das Europäische Parlament und die Wahl seiner Mitglieder unterrichtet wird. Es scheint also eine Erwartung zu bestehen, der die staatlichen Behörden, die Presse und die politischen Organisationen gerecht werden müssen.

(S. 82-83)

#### 7. Die Präferenzen für politische Gruppierungen

Zu Versuchszwecken wurde jede der befragten Personen aufgefordert, ihre Präferenz für eine der gegenwärtig im Europäischen Parlament vertretenen politischen Gruppierungen, eine eventuell alternative Gruppierung und schliesslich die Gruppierung, die sie auf keinen Fall wählen würde, anzugeben.

Ohne dieser ersten Sondierung der politischen Präferenzen der europäischen Wählerschaft zu grosse Bedeutung beizumessen, stellt man fest, dass von 100 abgegebenen Stimmen die sozialistischen Gruppierungen an der Spitze liegen (33%), gefolgt von den christlichen Demokraten (23%) und den Liberalen (14%). Die Konservativen (10%) und die Kommunisten (9%) liegen gleichauf. Aber es besteht keine signifikante Relation zwischen der Entscheidung für die eine oder andere Gruppierung und der grundsätzlich positive Einstellung zur Direktwahl des Europäischen Parlaments.

Die Präferenzverschiebungen (falls die an erster Stelle gewählte politische Gruppierung keine Kandidaten aufstellen sollte) kommt hauptsächlich den Liberalen und den Demokraten zugute, d.h. den Gruppierungen der Mitte.

Zu den Gruppierungen, die am häufigsten keinesfalls gewählt würden, zählen die Kommunisten. (S. 76-82)

x  
x x

Mit der Veröffentlichung dieser Ergebnisse, die sicherlich kommentiert, kritisiert und -hoffentlich- in den nächsten Monaten vertieft werden, betonen die Verfasser dieser Studie erneut, dass sich aus dieser Erhebung keinerlei Verbindlichkeiten für die Europäischen Institutionen ergeben, aber diese ersten Ergebnisse sollten das aktive Interesse der Forschungsabteilungen der politischen Parteien sowie der Universitäten und sonstigen Organe verstärken. Die erste allgemeine direkte Wahl des Europäischen Parlament stellt nämlich eine einmalige Gelegenheit dar, um die Kenntnisse über die Meinung, Einstellung und die Verhaltensweisen der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Bürger zu erweitern.



EURO-BAROMETRE N° 7

EURO-BAROMETER Nr 7

ANNEXES / APPENDIX



<u>NOMBRE DE PERSONNES INTERROGEES</u>		/	<u>NUMBER OF PEOPLE INTERVIEWED</u>
Belgique/België	(B)	988	19-31/IV/1977
Danmark	(DK)	1010	30/IV-8/V
Deutschland	(D)	1005	25/IV-10/V
France	(F)	1256*	25/IV-9/V
Ireland	(IRL)	1008	4-12/V
Italia	(I)	1025	30/IV-9/V
Luxembourg	(L)	302	28/IV-15/V
Nederland	(N)	1033	2-14/V
United Kingdom	(UK)	1417	23/IV-12/V
<u>Total</u>		<u>9044</u>	

<u>INSTITUTS CHARGES DU SONDAGE</u>		/	<u>INSTITUTES WHICH CARRIED OUT THE SURVEY</u>
Belgique/België	DIMARSO / INRA		
Danmark	GALLUP MARKEDSANALYSE		
Deutschland (B.R.)	EMNID-INSTITUT		
France	INSTITUT FRANCAIS D'OPINION PUBLIQUE**		
Ireland	IRISH MARKETING SURVEYS		
Italia	ISTITUTO PER LE RICERCHE STATISTICHE ET L'ANALISI DELL'OPINIONE PUBBLICA (DOXA)		
Luxembourg	DIMARSO / INRA		
Nederland	NEDERLANDS INSTITUUT VOOR DE PUBLIEKE OPINIE (NIPO)		
United Kingdom	THE GALLUP POLL***		

\* Y compris surreprésentation d'environ 200 ruraux / Including oversampling of 200 country-people.

\*\* Chargé en outre de la coordination internationale et de l'analyse des résultats / Also responsible for international coordination and analysis of the results.

\*\*\* Le sondage en Northern Ireland a été fait en collaboration par le Irish Marketing Surveys et le Gallup Poll / The Northern Ireland poll was conducted jointly by Irish Marketing Surveys and the Gallup Poll.

## NOTES TECHNIQUES

1. Il est rappelé au lecteur que, dans les enquêtes par sondage, on doit tenir compte d'une certaine marge pour erreur d'échantillonnage. Avec des échantillons de l'ordre de 1000 personnes interrogées, les différences de pourcentages inférieures à 5% ne devraient pas être normalement considérées comme statistiquement significatives.

2. Dans tous les tableaux, la colonne CE/EC donne la moyenne pour l'ensemble des personnes interrogées dans les neuf pays, moyenne pondérée suivant l'effectif de la population âgée de 15 ans et plus dans chacun des pays:

1. Readers are reminded that in survey research, one should allow a certain margin for sampling error. With a sample of 1,000 cases, percentage differences of less than 5 points would not normally be regarded as statistically significant.

2. In all tables the column CE/EC gives the mean score for all people interviewed in the nine countries, weighted in terms of population aged 15 and over of each Community country:

	Milliers / Thousands	%
Belgique/België	7 477	3.84
Danmark	3 858	1.98
Deutschland	48 111	24.48
France	39 789	20.24
Ireland	2 098	1.08
Italia	41 975	21.35
Luxembourg	274	0.14
Nederland	10 040	5.11
United Kingdom	42 804	21.78

3. Toutes les données relatives aux Euro-Baromètres sont déposées aux "Belgian Archives for the Social Sciences", (1 Place Montesquieu, B-1348 Louvain-la-Neuve). Elles sont tenues à la disposition des organismes membres du European Consortium for Political Research (Essex), du Inter-University Consortium for Political Research (Michigan) et des chercheurs justifiant d'un intérêt de recherche.

3. All Euro-Barometre data are stored at the Belgian Archives for the Social Sciences (1, Place Montesquieu, B-1348 Louvain-la-Neuve). They are at the disposal of all institutes members of the European Consortium for Political Research (Essex), of the Inter-University Consortium for Political Research (Michigan) and of all those interested in social science research.



